

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

1993

Inhalt

Novellierung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

- 1 Das Finanzstatistikgesetz von 1973 ist grundlegend überarbeitet und als Finanz- und Personalstatistikgesetz am 24. Dezember 1992 verkündet worden.

Schulden des Landes und der Kommunen

- 4 Das Niveau und die Struktur der Schulden wurden für die Jahre 1986 bis 1991 dargestellt. Zur Analyse der Verschuldung werden finanzstatistische Kennzahlen herangezogen.

Kaufkraft der D-Mark im Ausland

- 9 Die Kaufkraft der D-Mark im Ausland hängt nicht allein vom jeweiligen Wechselkurs ab. Über Verbrauchergeld- und Reisegeldparitäten läßt sich zusätzlich feststellen, ob beim Umtausch der D-Mark in andere Währungen für im Ausland lebende Deutsche und Touristen ein Kaufkraftgewinn oder -verlust eintritt.

Handels- und Gaststättenzählung 1993

- 11 Die nächste Handels- und Gaststättenzählung wird vorbereitet.

Berufspendler am Oberrhein

- 16 Erstmals kann eine Gesamtbilanz der Pendlerverflechtung am Oberrhein vorgelegt werden. Sie basiert auf einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Statistischen Ämter von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Elsaß und Nordwestschweiz.

Statistisches Problemlösungsverfahren

- 18 Es wird über ein neues Verfahren im Statistischen Programmierverbund und die Anforderungen an dieses Verfahren berichtet.

Anhang

- 1* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
7* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Bestellkarte

Ich bestelle _____ Exemplar/e

Handbuch der Finanzstatistik 1992

Preis: DM 45,- zuzüglich Porto

Name / Dienststelle / Firma :

) _____

Name des Bearbeiters oder Aktenzeichen

Datum

Unterschrift

60 Pf.

Porto

POSTKARTE

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems



Vorankündigung einer Veröffentlichung

Jetzt bestellen!

Oktav-Format

Preis: DM 45,- zuzüglich Porto

Das Statistische Landesamt wird das

»Handbuch der Finanzstatistik 1992«

in den nächsten Wochen veröffentlichen. Es enthält die jüngsten Ergebnisse der Finanz- und Personalstatistiken sowie des kommunalen Finanzausgleichs.

Das Nachschlagewerk liefert umfangreiche und ins Detail gehende Daten über die Ausgaben und Einnahmen von Land und Kommunen, deren Personal und deren Schulden. Einen breiten Raum nehmen die Regionaltabellen ein. Sie stellen auch Angaben für einzelne Körperschaften bereit, die einen Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen oder entsprechenden Durchschnittswerten gestatten. Dies ermöglicht detaillierte Aussagen und Analysen über die Finanzausstattung der Kommunen, ihren Personaleinsatz, ihre Verschuldung, ihre Steuerkraft und über die Zahlungen, die sie im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhalten oder leisten.

Dem Tabellenwerk von über 600 Seiten sind ausführliche methodische Erläuterungen vorangestellt, die vor allem die Begriffsinhalte der tabellarisch nachgewiesenen Angaben genau kennzeichnen und damit den Aussagewert der Ergebnisse eindeutig umschreiben.

Nutzen Sie die Möglichkeit, das Handbuch der Finanzstatistik mit der beige-fügten Postkarte zu bestellen.

Novelliertes Finanzstatistikgesetz

Das Finanzstatistikgesetz von 1973 wurde nach grundlegender Überarbeitung am 24. Dezember 1992 als Finanz- und Personalstatistikgesetz verkündet.

Das neue Gesetz bringt einen in wesentlichen Punkten geänderten Erhebungskatalog und Berichtskreis. Es regelt darüber hinaus aber auch die Erfassung der Hilfsmerkmale und legt die Auskunftspflicht, die zentralen Erhebungen, die Zusammenführungen von Hochschuldaten, die Übermittlung der Daten an oberste Bundes- oder Landesbehörden und die Veröffentlichung fest. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 1.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Jahre 1992		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu 1991 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	112,1	3,2
Bekleidung, Schuhe	113,3	2,9
Wohnungsmieten	123,8	5,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,8	0,4
Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	114,4	3,5
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	117,9	3,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	117,1	4,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	112,7	4,3
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	124,3	5,3
Gesamtlebenshaltung	115,1	4,0
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	114,9	4,0
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,8	4,0
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	115,2	4,0

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Öffentliche Körperschaften sind Ende 1991 mit 35,4 Mrd. DM verschuldet

Von den Schulden entfielen auf das Land 66 %, auf die Kommunen 20 % und auf die Eigenbetriebe 13 %. In dem Jahrfünft von 1986 bis 1991 ist die Verschuldung um 26 % gestiegen. Das Land erhöhte seinen Kreditbestand stärker (+ 31 %) als die Kommunen einschließlich der Eigenbetriebe (+ 20,3 %). Die Verschuldung der öffentlichen Hand in Rheinland-Pfalz betrug 1991 je Einwohner 9 362 DM. kg

Mehr über dieses Thema auf Seite 4.

Handels- und Gaststättenzählung 1993

Im Frühjahr 1993 findet nach den Bestimmungen des Handelsstatistikgesetzes eine Handels- und Gaststättenzählung statt. Dann werden aktuelle handelsstatistische Daten in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung aufbereitet und wichtige Informationen für die Wirtschaftsbereiche Einzelhandel, Großhandel, Handelsvermittlung sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe bereitgestellt. kl

Mehr über dieses Thema auf Seite 11.

Export leicht über Vorjahresniveau

Im September 1992 wurden von Rheinland-Pfalz Waren im Wert von 2 929 Mill. DM ausgeführt und für 2 190 Mill. DM eingeführt. Damit lag der Export um 2 % über und der Import um 3,5 % unter den Werten vom September 1991.

Die Gesamteinfuhr von Januar bis September erreichte 20 649 Mill. DM und hat damit um 2,7 % gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres abgenommen. Bei gleichzeitig leicht gestiegenen Ausfuhren (26 699 Mill. DM; + 0,4 %) hat sich der Exportüberschuß von 5 361 Mill. DM auf 6 049 Mill. DM (Januar bis September 1992) erhöht. Allein im Monat September 1992 betrug der Ausfuhrüberschuß rund 740 Mill. DM gegenüber gut 600 Mill. DM im September 1991. Gründe für die verhaltene Außenhandelsentwicklung sind die weiterhin schwache Weltkonjunktur, die Höherbewertung der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner und eine gedämpfte Inlandsnachfrage.

Die Importe aus den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie aus Nordamerika (USA und Kanada) erhöhten sich im Zeitraum Januar bis September 1992 gegenüber 1991 um jeweils 12 %. Einfuhren aus dem EG-Raum, die 57 % des Gesamtimports ausmachten, blieben mit -2,7 % rückläufig. Ausfuhrzuwächse errechnen sich im Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (+ 10 %) sowie mit der EG (+ 3,5 %). Wertmäßig stiegen insbesondere die Exporte nach Belgien-Luxemburg (+ 13 %). kl

Novellierung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes

Erste Grundlagen nach 1945

Die erste einheitliche Rechtsgrundlage zur Finanzstatistik bildete nach dem Zweiten Weltkrieg das Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21. Januar 1948 in Verbindung mit der Gemeinsamen Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949 sowie der Verordnung über die Erstreckung von Recht der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes auf dem Gebiet der Statistik auf die Länder der französischen Besatzungszone vom 31. März 1950. Die für die Finanzstatistik notwendige umfassende Rechtsgrundlage wurde durch das Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 geschaffen, in dem die einzelnen Statistiken ihre rechtliche Fundierung fanden. Die vorgesehene Vermögenstatistik über das gesamte öffentliche Vermögen, seinen Stand und seine Veränderungen wurde allerdings nie realisiert.

Grundbestandteile der Finanzstatistik bilden die Staatsfinanzstatistik und die Gemeindefinanzstatistik, die beide im Jahre 1947 wieder aufgenommen wurden. Durch sie werden die Gebietskörperschaften, das sind der Bund, die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände, erfaßt, die den eigentlichen Kernbereich der Finanzstatistik darstellen. Hinzu kommen die staatlichen und kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen, die als Eigenbetriebe oder in rechtlich selbständiger Form betrieben werden. Diese werden seit 1953 statistisch nachgewiesen. Dabei beschränkt sich die Finanzstatistik nicht auf die Erfassung der Ausgaben und Einnahmen. Sie registriert auch die Entwicklung und Zusammensetzung des Personalbestandes (erstmalig 1948) und der Schulden (seit 1946). Dieser traditionelle Erhebungsbereich der Finanzstatistik wurde durch die Reform, die mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. Juli 1973 eingeleitet wurde, erheblich erweitert.

Ausbau des Erhebungsprogramms im Jahre 1973

Durch die Gesetzesnovelle wurden sowohl der Berichtskreis als auch das Erhebungsprogramm der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik neu gefaßt. Für die Jahre 1974 und 1975 wurden bei den Gemeinden mit mindestens 3000 Einwohnern alle wichtigen Isteinnahmen und -ausgaben nach Arten und die Schulden erfragt. Für die kleineren Gemeinden galt ein stark eingeschränkter Katalog.

Mit dem Jahre 1976 ist in Rheinland-Pfalz die Differenzierung des Erhebungskatalogs nach der Gemeindegröße aufgegeben worden, weil bei den kleineren Gemeinden kein wesentlicher Mehraufwand entstand und der Informationsgehalt der Daten eine erhebliche Verbesserung erfuhr. Seit 1992 werden nicht mehr aggregierte Einnahme- und Ausgabepositionen erfaßt, vielmehr liegt der Erhebung der vollständige Gruppierungskatalog zugrunde.

Um frühzeitig einen Überblick über die Gestaltung der Ausgaben und die Einnahmeerwartungen der Gebietskörperschaften zu gewinnen, wurde die kommunale Finanzplanungsstatistik eingeführt. Sie erfaßt für einen fünfjährigen Planungszeitraum, wobei das erste Jahr das laufende Haushaltsjahr ist, die Ausgaben und Einnahmen nach Arten sowie die investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen. Mit dem 1. Statistikbereinigungsgesetz ist von 1980 an die Untergliederung der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen nach Aufgabenbereichen auf das zweite Planungsjahr beschränkt worden, weil mit zunehmendem Abstand vom Planungszeitpunkt die Sollwerte immer weniger dem später realisierten Volumen entsprachen.

Durch das Hochschulstatistikgesetz wurde eine Hochschulfinanzstatistik angeordnet, die im wesentlichen eine Untergliederung der Ausgaben und Einnahmen nach Arten und Fächergruppen vorsieht und insofern überwiegend eine Zusatzerhebung zur Staatsfinanzstatistik darstellt. Sie erstreckt sich allerdings auf alle Hochschulen, nicht nur die staatlichen.

Die Reform der Personalstatistiken nahm Konzepte der Personalstrukturhebung auf, die aufgrund des Gesetzes über eine Statistik des Personals, der Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne im öffentlichen Dienst vom 15. Mai 1968 einmalig im Jahre 1968 erfolgte. Neu eingeführt wurde eine regelmäßige Erhebung der Personalzugänge und -abgänge nach ausgewählten Gründen. Diese Daten dienen zur laufenden Beobachtung der Personalfluktuations. Da die Versorgungsleistungen in den öffentlichen Haushalten zum Teil ein beträchtliches Gewicht besitzen, sind Informationen über die Struktur der Versorgungsempfänger von besonderem Interesse, so daß seit 1974 eine Statistik über die Empfänger von Versorgungsbezügen erstellt wird.

Erste Erweiterung des Berichtskreises 1973

Die Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit werden

ebenso wie die Sozialversicherungsträger, die Bundesanstalt für Arbeit und die Träger der Zusatzversorgung seit 1974 in die Finanzstatistik einbezogen. Da die Abgrenzung des Kreises der rechtlich selbständigen Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, die aus öffentlichen Zuschüssen finanziert werden, mit besonderen Schwierigkeiten verbunden war, konnten die Erhebungen in diesem Bereich erst mit dem Jahre 1976 aufgenommen werden.

Durch die von 1976 bis 1978 erfolgte Umstellung des Rechnungswesens der staatlichen und kommunalen Krankenanstalten auf die kaufmännische Buchführung wurden diese aus den Trägerhaushalten ausgegliedert. Die Ausgaben und Einnahmen der Krankenanstalten wurden jedoch in die jeweiligen Haushaltsrechnungstatistiken integriert, um einheitlich abgegrenzte Ergebnisse nachweisen zu können. Seit 1979 werden sie im Rahmen der Finanzstatistik als eine gesonderte Körperschaftsgruppe dargestellt. Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür wurden durch eine entsprechende Ergänzung des finanzstatistischen Gesetzes geschaffen, die in Artikel 21 des Ersten Gesetzes zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. März 1980 mit aufgenommen wurde.

Einschränkung des Kreises der Berichtspflichtigen in den 80er Jahren

Dieses 1. Statistikbereinigungsgesetz führte darüber hinaus eine Abschneidegrenze bei den aus öffentlichen Zuschüssen finanzierten Institutionen ein. Sie lag zunächst bei einem Zuwendungsbetrag von 50 000 DM, der 1986 auf 300 000 DM angehoben wurde.

Ebenfalls seit 1980 wird auf die Erfassung der wirtschaftlichen Unternehmen mit einer Bilanzsumme unter 2 Mill. DM bei Wasserwerken und unter 5 Mill. DM bei den übrigen Betriebsarten verzichtet. Aufgrund der besonderen Struktur in Rheinland-Pfalz haben diese Unternehmen jedoch auf freiwilliger Basis weiterhin Angaben zur Statistik gemeldet.

Die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen und die sonstigen juristischen Personen müssen seit 1980 die Daten ihrer Versorgungsempfänger nicht mehr mitteilen. Wegen der geringen Zahl der nach dem Beamtenrecht zu versorgenden Personen ist der statistische Nachweis entbehrlich. Diese Einschränkung wird durch das neue Gesetz ab 1994 wieder aufgehoben.

Aufgrund einer Verordnung zur Personalwechselstatistik 1990/91 wurde diese Erhebung für Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern ausgesetzt.

Notwendigkeit einer Novellierung 1992

Eine grundlegende Überarbeitung des Finanzstatistikgesetzes von 1973 und seiner nachfolgenden Änderungen erfolgte 1992. Das geänderte Gesetz wurde am 24. Dezember 1992 als Finanz- und Personalstatistikgesetz verkündet und ist Rechtsgrundlage für die Statistiken vom Erhebungsjahr 1993 an. Das neue Gesetz

bringt einen in wesentlichen Punkten geänderten Erhebungskatalog und Berichtskreis. Es regelt aber auch die Erfassung der Hilfsmerkmale und legt die Auskunftspflicht, die zentralen Erhebungen, die Zusammenführung von Hochschuldaten, die Übermittlung der Daten an oberste Bundes- oder Landesbehörden und die Veröffentlichung fest. Damit werden die Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz und die Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes in vollem Umfang berücksichtigt.

Die Finanzstatistik hat die Aufgabe, einen Überblick über die öffentliche Wirtschaft, das heißt über Volumen und Zusammensetzung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben, zu schaffen. In den vergangenen Jahren wurde die Erfüllung dieser grundlegenden Aufgabe immer wieder dadurch beeinträchtigt, daß vor allem aus den Kommunalhaushalten Einrichtungen und Unternehmen ausgegliedert und nach dem Eigenbetriebsrecht mit kaufmännischer Buchführung geführt werden. Das neue Gesetz schafft die Voraussetzung, diese Institutionen in die finanzstatistische Darstellung zu integrieren. Nunmehr werden alle staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen erfaßt, für die Sonderrechnungen geführt oder die in rechtlich selbständiger Form betrieben werden. Einrichtungen und Unternehmen in rechtlich selbständiger Form (z. B. AG, GmbH) werden nur dann berücksichtigt, wenn Bund, Länder, Gemeinden (Gv.) oder Zweckverbände und andere juristische Personen zwischen gemeindlicher Zusammenarbeit mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind und damit das öffentliche Interesse an der Wahrnehmung der Aufgaben überwiegt.

Darüber hinaus ist der Berichtskreis um die Deutsche Bundesbank und die rechtlich selbständigen Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit erweitert worden. Die Ergänzung berührt nur die Personalstand- und Versorgungsempfängerstatistik. Die Erweiterung ist notwendig, damit die Erfassungslücke bei den Beamten und Versorgungsempfängern geschlossen werden kann. Außerdem wird im Beitrittsgebiet eine Sondereversorgungsempfängerstatistik für bestimmte Vorruhestandsleistungen und Teilrenten der Versorgungssysteme der ehemaligen DDR durchgeführt.

Vierteljährlich werden auch die Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungsträger, der Bundesanstalt für Arbeit und der Träger der Zusatzversorgung erfaßt. Sie stellen einen großen Teilbereich des öffentlichen Gesamthaushalts dar. Angesichts der Bedeutung ist eine aktuelle finanzstatistische Berichterstattung notwendig. Es handelt sich hierbei um eine zentrale statistische Erhebung durch das Statistische Bundesamt. Entnommen werden die Daten aus dem für eigene Zwecke dieser Körperschaften erstellten Rechnungsunterlagen, die eine Zuordnung zu den Gruppen des Gruppierungsplanes von Bund und Ländern gewährleisten.

Haushaltsansatzstatistik anstelle der kommunalen Finanzplanungsstatistik

Die 1970 durch Runderlaß des Ministeriums des Innern für die rheinland-pfälzischen Gemeinden und

Darstellungsbereich der Finanz- und Personalstatistiken

Erhebungseinheiten	Finanzstatistiken								Personalstatistiken	
	Haus- halts- rechnungs- statistik	Haus- halts- ansatz- statistik	Finanz- planungs- statistik	Viertel- jährliche Kassen- statistik	Statistik über das staatliche Steuer- aufkommen	Statistik über die Umlage- sätze	Real- steuer- vergleich	Schulden- statistik	Personal- stand- statistik	Ver- sorgungs- empfänger- statistik
Bund sowie die Finanzanteile an den Europäischen Gemeinschaften	X	X	X	X	X			X	X	X
Länder	X	X	X	X	X			X	X	X
Gemeinden und Gemeindeverbände	X	X		X			X	X	X	X
Zweckverbände und andere juristische Personen zwischen-gemeindlicher Zusammenarbeit	X							X	X	X
Sozialversicherungsträger, Bundesanstalt für Arbeit, Träger der Zusatzversorgung	X			X					X	X
Bundespost, Bundesbahn, Reichsbahn	X							X	X	X
Forschungseinrichtungen (Hochschulen, Fachhochschulen)	X								X	X
Rechtlich selbstständige Organisationen ohne Erwerbszweck für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung	X								X	X
Bundesbank und rechtlich selbstständige Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit									X	X
Krankenhäuser und Hochschulkliniken	X							X	X	X
Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen	X							X	X	X

Gemeindeverbände angeordnete und im Reformgesetz zur Finanzstatistik von 1973 bundeseinheitlich eingeführte kommunale Finanzplanungsstatistik wird ab 1994 durch die Haushaltsansatzstatistik ersetzt. Das Ziel der Finanzplanungsstatistik, einen zutreffenden Überblick über die Gestaltung der Ausgaben und die Einnahmeerwartungen der Gebietskörperschaften in der Planungsperiode zu gewinnen, konnte trotz Weiterentwicklung und Verbesserung des Erhebungsinstrumentariums nicht erreicht werden. Die Aussagefähigkeit der aggregierten Daten war stark eingeschränkt.

Die 1979 eingestellte kommunale Haushaltsansatzstatistik lebt nun wieder auf. Sie liefert wichtige Informationen zur Beurteilung der Haushaltslage, weil die einzelnen Ausgabe- und Einnahmearten entsprechend dem Gruppierungsplan erfaßt werden.

Berichtspflichtig sind die Gemeindeverbände und Gemeinden mit mindestens 3 000 Einwohnern. Durch die Einschränkung des Berichtskreises wird der Erhebungsaufwand deutlich vermindert, ohne die Aussagefähigkeit der Ergebnisse einzuschränken, weil die Haushaltsstrukturen der kleineren Gemeinden kurzfristig im allgemeinen keine gravierenden Änderungen aufweisen.

Ausbau der Personalstatistiken

Durch die Novellierung wird der Merkmalskatalog der Personalstandstatistik um einige wichtige besoldungs-

und vergütungsrelevante Merkmale ergänzt. Die bisher erhobene Einstufung nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen wird erweitert um die Dienst- oder Lebensalterstufe, die Ortszuschlagstufe sowie den Kinderanteil im Ortszuschlag. Damit stehen Informationen über die wesentlichen Bestandteile für die Berechnung der Arbeitsentgelte zur Verfügung, die als Grundlage für besoldungs- und tarifpolitische Entscheidungen dienen. Als weiteres zusätzliches Merkmal wird der Wohnort der Beamten erfaßt. Für regionale Arbeitsmarktanalysen können daraus aktuelle Angaben über die Pendlerverflechtungen abgeleitet werden, die entsprechende Auswertungen der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ergänzen.

Die Teilzeitbeschäftigten konnten bisher nur grob unterteilt werden in diejenigen, die mindestens die Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit leisten, und diejenigen, die weniger als die Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit erbringen. Die Teilzeitbeschäftigung hat in den vergangenen Jahren einen immer größeren Umfang angenommen, so daß eine stärkere Differenzierung notwendig ist. Nunmehr wird die vereinbarte Stundenzahl erfragt. Damit wird auch eine Umrechnung in Vollzeitäquivalente möglich.

In Rheinland-Pfalz wird für das Personal der Kommunen von 1993 an der zeitlich gestaffelte Merkmalskatalog, nach dem die Berichtspflichtigen bestimmte Merkmale nicht jährlich, sondern nur in mehrjährigen Abständen liefern, aufgegeben. Die rechtlichen Voraus-

setzungen dafür wurden bereits 1986 geschaffen, als die Nutzung der maschinell geführten Personaldateien für Zwecke der Personalstandstatistik vorgesehen wurde. Nachdem erstmals 1986 mit einer kreisfreien Stadt ein Datenträgeraustausch praktiziert werden konnte, wird seit 1991 jährlich der vollständige Datenkatalog auf Diskette bzw. Magnetband von allen kreisfreien Städten und Landkreisen sowie von zwei Dritteln der Verbandsgemeinden und der kreisangehörigen Gemeinden geliefert.

Die Personalwechselstatistik, die in mehrjährigem Turnus Daten für die Weiterentwicklung des Dienst- und Versorgungsrechts, für die Schätzung des Personalersatzbedarfs sowie der Zugänge zum beamtenrechtlichen Versorgungssystem lieferte, wird aufgegeben. Die

letzten Ergebnisse liegen aus der Erhebung 1990/91 vor. Die erforderlichen Daten für die Beamten werden nunmehr mit der wesentlich erweiterten Versorgungsempfängerstatistik gewonnen.

Die Aufnahme zusätzlicher Merkmale bei der Versorgungsempfängerstatistik ist vor allem auch deshalb notwendig, weil die Bundesregierung zu Beginn jeder Legislaturperiode einen Bericht über das beamtenrechtliche Alterssicherungssystem vorlegen muß. Dieser Bericht soll auch den Rentenversicherungsbericht ergänzen und somit die Einkommenssituation der Leistungsbezieher sowie das Zusammentreffen von Leistungen der Alterssicherungssysteme darstellen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Schulden des Landes und der Kommunen

Die Wirkungen der Verschuldung öffentlicher Haushalte auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, insbesondere auf das Wachstum und die Preisniveaustabilität, werden in der ökonomischen Theorie und der Politik kontrovers diskutiert. Einerseits erhöhen kreditfinanzierte Ausgaben unmittelbar die Güternachfrage in der Volkswirtschaft, andererseits ist nicht auszuschließen, daß die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand über

steigende Zinsen private Investoren auf dem Kapitalmarkt verdrängt, was das Wachstum des Produktionspotentials mindert.

Für die Haushaltspolitik selbst bedeuten steigende Tilgungs- und Zinszahlungen als Folge der Schuldenaufnahme in der Vergangenheit eine Einengung ihrer Handlungsspielräume. Jede „Steuermark“, die für den

Schulden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Eigenbetriebe, der Krankenanstalten und der Zweckverbände 1986 bis 1991

Körperschaftsgruppe Schuldenart	1986	1987	1988	1989	1990	1991
1 000 DM						
Schulden des Landes	17 757 671	19 413 397	20 284 648	20 650 297	21 953 371	23 255 932
am Kreditmarkt ¹⁾	16 677 269	18 277 559	19 109 385	19 448 804	20 734 223	22 016 028
bei öffentlichen Haushalten	1 080 402	1 135 838	1 175 263	1 201 493	1 219 148	1 239 904
Schulden der Gemeinden (Gv.)	7 385 407	7 433 918	6 959 730	6 917 419	6 883 625	6 984 972
am Kreditmarkt	7 137 827	7 185 251	6 785 651	6 751 087	6 719 406	6 819 033
bei öffentlichen Haushalten	247 580	248 667	174 079	166 332	164 219	165 939
Schulden der Eigenbetriebe	2 188 992	2 655 092	3 471 325	3 921 003	4 222 295	4 528 953
am Kreditmarkt	2 047 184	2 395 439	3 009 829	3 336 208	3 386 119	3 522 504
bei öffentlichen Haushalten	141 808	259 653	461 496	584 795	836 176	1 006 449
Schulden der Krankenanstalten	353 732	318 052	284 114	231 287	195 344	166 213
Schulden der Zweckverbände insg.	425 822	453 102	492 239	462 460	448 347	499 992
Zweckverbände mit kamer. Buchf.	125 987	125 724	94 323	75 959	70 254	82 398
Zweckverbände mit kaufm. Buchf.	299 835	327 378	397 916	386 501	378 093	417 594
DM je Einwohner						
Schulden des Landes	4 886	5 347	5 572	5 634	5 883	6 144
am Kreditmarkt ¹⁾	4 589	5 034	5 250	5 306	5 556	5 817
bei öffentlichen Haushalten	297	313	323	328	327	328
Schulden der Gemeinden (Gv.)	2 032	2 047	1 912	1 887	1 845	1 845
am Kreditmarkt	1 964	1 979	1 864	1 842	1 801	1 802
bei öffentlichen Haushalten	68	68	48	45	44	44
Schulden der Eigenbetriebe	602	731	954	1 070	1 132	1 197
am Kreditmarkt	563	660	827	910	907	931
bei öffentlichen Haushalten	39	72	127	160	224	266
Schulden der Krankenanstalten	97	88	78	63	52	44
Schulden der Zweckverbände insg.	117	125	135	126	120	132
Zweckverbände mit kamer. Buchf.	35	35	26	21	19	22
Zweckverbände mit kaufm. Buchf.	82	90	109	105	101	110

1) Einschließlich Ausgleichsforderungen.

Schuldendienst aufgewendet werden muß, fehlt zur Finanzierung des Haushalts. Dies macht Ausgabekürzungen, Steuererhöhungen oder weitere Kreditaufnahmen erforderlich.

Im folgenden werden für Rheinland-Pfalz das Niveau und die Struktur der Schulden des Landes und der Kommunen in den Jahren 1986 bis 1991 dargestellt.¹⁾

Erhebungsgegenstand der Schuldenstatistik

Rechtsgrundlage für die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte ist bis 1992 das Gesetz über die Finanzstatistik vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673).

Im Mittelpunkt der statistischen Erhebung stehen die Schulden, die von den öffentlichen Haushalten am in- und ausländischen Kreditmarkt zur Finanzierung von Ausgaben aufgenommen werden (Kreditmarktschulden im engeren Sinne). Die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne umfassen zusätzlich alle Schulden, die öffentlichen Haushalten durch Gesetz, Vereinbarung oder in sonstiger Form übertragen bzw. auferlegt wurden. Für

1) Zur Entwicklung in den Jahren 1979 bis 1985 vgl. Lamping, Rudolf: Schulden des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 9 / 1986, S. 191 ff.

das Land sind hier ausschließlich die durch die Währungsreform von 1948 entstandenen Ausgleichsforderungen der finanziellen Institutionen gegenüber dem Staat zu nennen. Bei den Kommunen bestehen keine derartigen Verpflichtungen, so daß sich hier eine Unterscheidung zwischen Kreditmarktschulden im engeren Sinne und Kreditmarktschulden im weiteren Sinne erübrigt.

Die Kreditmarktschulden (im engeren Sinne) setzen sich zusammen aus den Wertpapierschulden und den direkten Schulden. Eine Differenzierung nach Gläubigergruppen erfolgt nur bei den direkten Schulden. Bei Wertpapierschulden lassen sich die Gläubiger wegen der Fungibilität von Wertpapieren nicht feststellen. Hier wird nach der Art der Wertpapiere unterschieden. Für das Land sind das die Anleihe und die Kassenobligation. Von den Kommunen werden keine Wertpapiere ausgegeben.

Neben den Kreditmarktschulden werden als zweite Kategorie die Schulden bei den öffentlichen Haushalten statistisch erfaßt. Die Kreditbeziehungen der öffentlichen Haushalte untereinander dienen nicht der allgemeinen Haushaltsfinanzierung, sondern resultieren aus der gezielten Förderung genau bestimmter Aufgaben des Darlehensempfängers. Die Mittelbereitstellung er-

Schulden des Landes 1986 bis 1991 nach Schuldenarten

Schuldenart	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	1 000 DM					
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	16 677 269	18 277 559	19 109 385	19 448 804	20 734 223	22 016 028
Ausgleichsforderungen	206 899	195 911	184 575	172 881	160 814	148 370
Kreditmarktschulden im engeren Sinne	16 470 370	18 081 648	18 924 810	19 275 923	20 573 409	21 867 658
Anleihen	450 000	480 000	480 000	480 000	480 000	480 000
Kassenobligationen	-	-	-	-	450 000	1 000 000
Schulden bei						
inländischen Banken und Sparkassen	12 164 636	13 634 328	14 445 600	14 482 260	15 350 123	16 202 909
inländischen Bausparkassen	-	-	-	-	-	-
inländischen Versicherungsunternehmen	3 190 667	3 299 500	3 302 500	3 523 500	3 197 500	2 975 500
Bundesbahn und Bundespost	100 000	100 000	103 000	93 000	93 000	73 000
der Bundesanstalt für Arbeit	599	369	126	-	-	-
öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	322 073	283 030	278 984	282 434	283 381	271 324
sonstigen Sozialversicherungen	4 795	4 021	3 200	3 329	3 405	70 425
sonstigen inländischen Stellen	213 600	221 400	187 400	187 400	187 000	185 500
ausländischen Stellen	24 000	59 000	124 000	224 000	529 000	609 000
Schulden bei öffentlichen Haushalten	1 080 402	1 135 838	1 175 263	1 201 493	1 219 148	1 239 904
Beim Bund und Lastenausgleichsfonds	1 080 260	1 135 704	1 175 138	1 201 377	1 219 041	1 239 806
für Wohnungsbau	1 079 751	1 135 315	1 173 125	1 197 746	1 215 516	1 236 282
sonstige	509	389	2 013	3 631	3 525	3 524
Beim ERP-Sondervermögen	142	134	125	116	107	98
Insgesamt	17 757 671	19 413 397	20 284 648	20 650 297	21 953 371	23 255 932
Nachrichtlich						
Kassenverstärkungskredite	234 302	-	54 700	128 818	202 826	502 955
Buchkredite der Deutschen Bundesbank	-	-	54 700	98 818	135 326	27 955
sonstige Kassenverstärkungskredite	234 302	-	-	30 000	67 500	475 000
Innere Schulden	25	23	22	20	18	17
Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen (Haftungssumme insgesamt)	438 609	507 663	452 133	498 336	496 968	532 267

folgt in der Regel durch einen zentralen Haushalt für nachgeordnete Haushaltsebenen (vom Bund an Länder, vom Land an Gemeinden). Die Summe der Kreditmarktschulden und der Schulden bei öffentlichen Haushalten zeigt die Gesamtverschuldung öffentlicher Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik.²⁾

Weitere Erhebungsgegenstände der Schuldenstatistik sind

- Kassenverstärkungskredite,
- innere Schulden,
- Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen,
- kreditähnliche Rechtsgeschäfte und
- Schulden der kommunalen Eigenbetriebe.

Diese Positionen zählen nicht zu den Schulden der öffentlichen Haushalte, sondern werden im Rahmen der Schuldenstatistik nachrichtlich erfaßt und ausgewiesen.

2) Die Schulden der öffentlichen Haushalte werden nicht nur in der Finanzstatistik ausgewiesen, sondern auch im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Aufgrund konzeptioneller Unterschiede weichen die jeweiligen Ergebnisse voneinander ab. In diesem Beitrag werden ausschließlich Ergebnisse der Finanzstatistik präsentiert. Zu den konzeptionellen Unterschieden zwischen Finanzstatistik und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der Erfassung der öffentlichen Verschuldung vgl. Essig, Hartmut: Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1990, S. 383 ff.

3) Seit 1988 sind Abwasserbeseitigungseinrichtungen und teilweise auch Einrichtungen der Abfallbeseitigung nur noch nach den Bestimmungen der Eigenbetriebsordnung zu verwalten. Soweit Einrichtungen dieser Art noch in den Haushalten der Träger geführt wurden, waren ihre Schulden erstmals 1988 den Eigenbetrieben und nicht mehr den Haushalten der Kommunen zuzuordnen. Um einen Bruch der Zeitreihe zu vermeiden, müssen Kommunen und Eigenbetriebe zusammen betrachtet werden.

Öffentliche Körperschaften sind mit 35,4 Mrd. DM verschuldet

Ende 1991 hatten die öffentlichen Körperschaften insgesamt Schulden von 35,4 Mrd. DM. Davon entfielen auf das Land 23,3 Mrd. DM (65,6%), auf die Kommunen 7 Mrd. DM (19,7%), auf die Eigenbetriebe 4,5 Mrd. DM (12,8%), auf die Zweckverbände 0,5 Mrd. DM (1,4%) und auf die kommunalen Krankenanstalten 0,2 Mrd. DM (0,5%). In dem Jahrzehnt von 1986 bis 1991 ist die Verschuldung um 26,1% gestiegen. Das Land erhöhte seine Kreditaufnahme stärker (+31%) als die Kommunen einschließlich der Eigenbetriebe (+20,3%)³⁾. Am geringsten war der Zuwachs bei den Zweckverbänden (+17,4%). Der Schuldenstand der Krankenhäuser hat sich im gleichen Zeitraum mehr als halbiert (–53%). Die Verschuldung der öffentlichen Hand in Rheinland-Pfalz betrug 1991 je Einwohner 9 362 DM, was eine Zunahme von 21% gegenüber 1986 bedeutet (7 734 DM).

Kassenobligationen als neues Finanzierungsinstrument für den Landeshaushalt

Schon bei der erstmaligen Ausgabe im Jahre 1990 waren Kassenobligationen mit einem Volumen von 450 Mill. DM die zweitwichtigste Quelle von Kreditmarktmitteln zur Finanzierung des Landeshaushalts. Im Jahre 1991 stiegen die Kreditmarktschulden in Form von Kassenobligationen um 550 Mill. DM auf 1 Mrd. DM. Die wichtigsten Kreditgeber des Landes blieben die Banken und Sparkassen. Die Schulden gegenüber die-

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände 1986 bis 1991 nach Schuldenarten¹⁾

Schuldenart	1986	1987	1988	1989	1990	1991
	1 000 DM					
Kreditmarktschulden	7 137 827	7 185 251	6 785 651	6 751 087	6 719 406	6 819 033
Schulden bei						
inländischen Banken und Sparkassen	6 800 165	6 917 767	6 558 067	6 535 016	6 515 007	6 610 591
inländischen Bausparkassen	27 732	24 143	21 165	22 493	18 461	17 801
inländischen Versicherungsunternehmen	108 677	96 697	77 377	73 227	70 407	64 120
Bundesbahn und Bundespost	128	124	71	43	54	42
der Bundesanstalt für Arbeit	22 424	20 424	18 513	16 593	14 040	12 684
öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen	122 590	100 431	86 176	80 761	77 581	75 102
sonstigen Sozialversicherungen	3 840	2 980	2 514	2 300	2 134	1 889
sonstigen inländischen Stellen	12 315	12 065	14 409	20 654	21 722	36 804
ausländischen Stellen	39 956	10 620	7 359	–	–	–
Schulden bei öffentlichen Haushalten	247 580	248 667	174 079	166 332	164 219	165 939
Beim Bund und Lastenausgleichsfonds	20 146	17 504	17 521	14 595	13 410	12 661
Beim ERP-Sondervermögen	63 285	50 159	37 373	45 422	50 537	52 748
Bei Ländern	148 106	159 092	97 912	86 989	79 516	78 321
Bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	14 785	18 175	17 616	16 230	17 763	19 092
Bei Zweckverbänden	1 258	3 737	3 657	3 096	2 993	3 117
Insgesamt	7 385 407	7 433 918	6 959 730	6 917 419	6 883 625	6 984 972
Nachrichtlich						
Kassenverstärkungskredite	101 460	86 073	65 114	42 469	48 134	40 128
Innere Schulden	11 013	9 154	5 555	5 951	8 384	15 468
Bürgschaften (Haftungssumme)	646 669	729 000	729 560	799 316	852 148	881 042
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte ²⁾	5 848	5 356	7 822	8 895	10 556	7 916
Schulden der Eigenbetriebe	2 188 992	2 655 092	3 471 325	3 921 003	4 222 295	4 528 953

1) Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Jahre von 1988 an mit denen der Vorjahre ist eingeschränkt, da die kommunalen Aufgaben der Abwasser- und Abfallbeseitigung von Eigenbetrieben übernommen werden und damit auch ein Teil der Schulden. – 2) Kreditähnliche Rechtsgeschäfte wurden bis 1989 zu den Kreditmarktschulden gerechnet. Um die Vergleichbarkeit zu verbessern, sind die Kreditmarktschulden auch für die Jahre 1986 bis 1989 ohne die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte dargestellt.

sen Institutionen stiegen 1990 um 868 Mill. DM und 1991 um weitere 853 Mill. DM auf 16,2 Mrd. DM am 31. Dezember 1991.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Banken und Sparkassen Gläubiger von 70 % der Staatsverschuldung in Höhe von 23,3 Mrd. DM. Die Schulden bei Versicherungsunternehmen hatten mit 3 Mrd. DM einen Anteil von 12,8 % an der Gesamtverschuldung des Landes, die Schulden bei ausländischen Stellen erreichten einen Anteil von 2,6 % (609 Mill. DM) und die Wertpapiersschulden (Anleihen und Kassenobligationen) von 6,4 % (1,5 Mrd. DM). Der Anteil der gesamten Kreditmarktschulden im engeren Sinne ist 1991 (94 %) gegenüber 1986 (92,8 %) größer geworden, während der Anteil der Schulden bei öffentlichen Haushalten von 6,1 auf 5,3 % zurückgegangen ist. Die Ausgleichsforderungen sind auf 148 Mill. DM gesunken, was nur noch 0,6 % der Staatsverschuldung entspricht.

Schuldenstand der Kommunen stieg 1991 um 1,5 %

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 1991 auf fast 7 Mrd. DM. Nach einem Abbau der Schulden in den Jahren 1988 bis 1990 um 550 Mill. DM oder 7,4 % ist wieder ein Anstieg, und zwar um 101 Mill. DM oder 1,5 %, festzustellen.

Der für 1988 zu beobachtende starke Rückgang der Schulden um 474 Mill. DM ist dadurch bedingt, daß die Schulden bestimmter kommunaler Einrichtungen in diesem Jahr nicht mehr den Haushalten der Träger zugeordnet wurden, sondern den Eigenbetrieben. Wenn man die Kommunen und deren Eigenbetriebe als eine Einheit betrachtet, dann zeigt sich ein ausgeglicheneres Bild. Die Verschuldung der Kommunen und der Eigenbetriebe zusammengenommen stieg im Durchschnitt der Jahre 1988 bis 1990 um 3,3 % und 1991 um 3,7 %.

Die Dominanz der Banken und Sparkassen unter den Kreditgebern ist bei den Kommunen noch wesentlich ausgeprägter als beim Land. Ihr Anteil beträgt 1991 fast 95 %.

Analyse der Verschuldung anhand von Kennzahlen

Um die Bedeutung der Kreditaufnahme für die Finanzierung öffentlicher Ausgaben und die Auswirkungen der Verschuldung auf die zukünftigen haushaltspolitischen Spielräume besser beurteilen zu können, lassen sich bestimmte Kennzahlen bilden. Die Steuerdeckungsquote gibt an, in welchem Umfang die Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) durch das Aufkommen an Steuern und steuerähnlichen Abgaben gedeckt sind. Mit der Kreditfinanzierungsquote wird der Beitrag der Nettokreditaufnahme zur Finanzierung der Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) gemessen. Die Zinslastquote bzw. Schuldendienstbelastungsquote zeigt, welcher Teil der Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) durch den Schuldendienst in Form von Zinsausgaben bzw. von Zins- und Tilgungsausgaben gebunden ist.

Ausgewählte finanzstatistische Kennzahlen 1986 bis 1991

Kennzahl	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Land						
Steuerdeckungsquote	62,4	64,1	66,6	68,0	62,6	62,9
Kreditfinanzierungsquote	10,4	10,1	6,6	3,7	7,9	8,6
Schuldendienstbelastungsquote	21,9	21,4	22,2	21,2	21,4	21,4
Zinslastquote	10,4	10,4	10,1	9,4	9,7	9,6
Gemeinden und Gemeindeverbände						
Steuerdeckungsquote	39,3	39,2	44,6	46,7	42,3	43,0
Kreditfinanzierungsquote	3,1	3,4	1,0	0,2	- 0,1	0,7
Schuldendienstbelastungsquote	11,5	10,1	9,6	9,7	9,7	9,5
Zinslastquote	6,3	5,9	5,2	5,0	5,1	5,2

Steuerdeckungsquote: Steuern und steuerähnliche Abgaben bezogen auf die Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge).

Kreditfinanzierungsquote: Nettokreditaufnahme bezogen auf die Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge).

Schuldendienstbelastungsquote: Zins- und Tilgungsausgaben bezogen auf die Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge).

Zinslastquote: Zinsausgaben bezogen auf die Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge).

Der Berechnung der Kennzahlen liegen die Ergebnisse der jährlichen Haushaltsrechnungsstatistik zugrunde. Da diese für die Gemeinden und Gemeindeverbände für 1991 noch nicht verfügbar waren, wurde in diesem Fall die vierteljährliche Kassenstatistik herangezogen.

Steigende Kreditfinanzierungsquote

Nachdem die Kreditfinanzierungsquote des Landeshaushalts in den Jahren 1986 bis 1989 von 10,4 auf 3,7 % gesunken war, führte 1990 ein Rückgang der Steuereinnahmen (- 1,7 %) als Folge der letzten Stufe der Steuerreform bei einem gleichzeitigen Ausgabenanstieg (+ 6,8 %) zu einer wieder deutlich höheren Quote von 7,9 %. Trotz höherer Steuereinnahmen (+ 7,6 %) ist die Kreditfinanzierungsquote 1991 nochmals auf 8,6 % gestiegen.

Die Kreditfinanzierungsquote der Kommunen ist in allen Jahren deutlich niedriger als die des Landes. Der Rückgang im Jahre 1988 auf 1 % gegenüber 3,4 % im Vorjahr spiegelt die schon erwähnte Übertragung von Aufgaben an Eigenbetriebe wider. Der negative Wert für die Kreditfinanzierungsquote im Jahre 1990 (- 0,1 %) besagt, daß die Kommunen ihre Verschuldung absolut vermindert haben.

Belastung durch Schuldendienst ist nicht gestiegen

In den Jahren 1986 bis 1991 mußte das Land zwischen 21,2 und 22,2 % seiner Einnahmen für Tilgungs- und Zinszahlungen aufwenden. Damit hat sich die Belastung des Landeshaushalts durch den Schuldendienst auf dem 1984 erreichten Niveau (21,2 %) eingependelt. Die Schuldendienstbelastungsquote der Kommunen ist von 11,5 % im Jahre 1986 auf 9,5 % im Jahre 1991 gesunken und liegt nunmehr bei weniger als der Hälfte ihres höchsten Wertes, der 1982 mit 20,9 % gemessen wurde.

**Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Eigenbetriebe 1986 und 1991
nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Gemeinden und Gemeindeverbände						Eigenbetriebe	
	Schuldenstand am 31. 12. 1986 ¹⁾			Schuldenstand am 31. 12. 1991 ²⁾			Schulden- stand am 31. 12. 1986	Schulden- stand am 31. 12. 1991
	insgesamt		darunter Kredit- markt- schulden	insgesamt		darunter Kredit- markt- schulden		
	1 000 DM	DM je Einwohner		1 000 DM	DM je Einwohner		1 000 DM	
Kreisfreie Städte	3 105 358	3 221	2 991 997	2 690 653	2 709	2 623 517	455 762	972 056
Koblenz	420 212	3 801	418 112	374 725	3 445	373 424	1 268	145 551
Trier	385 162	4 135	374 958	401 289	4 094	394 375	60 834	49 802
Frankenthal (Pfalz)	95 040	2 158	82 261	117 924	2 512	114 438	43 554	69 579
Kaiserslautern	234 529	2 413	229 785	239 749	2 405	235 376	124 404	85 738
Landau in der Pfalz	92 492	2 621	79 092	94 873	2 523	79 801	20 363	48 587
Ludwigshafen am Rhein	512 677	3 352	468 989	326 849	1 996	308 003	–	61 798
Mainz	572 161	3 035	567 034	501 008	2 771	499 512	–	160 680
Neustadt a. d. Weinstraße	184 995	3 816	179 716	167 558	3 208	165 767	66 107	74 588
Pirmasens	154 303	3 330	150 637	114 509	2 404	109 669	36 116	118 846
Speyer	114 003	2 658	109 747	103 981	2 212	102 476	37 333	34 971
Worms	249 447	3 474	242 396	166 725	2 167	159 429	55 985	111 928
Zweibrücken	90 337	2 743	89 270	81 463	2 396	81 247	9 798	9 988
Landkreise	4 258 900	1 609	4 084 726	4 268 788	1 529	4 169 985	1 733 230	3 556 897
darunter								
Große kreisang. Städte	527 954	2 207	512 344	482 551	1 939	470 073	75 590	238 970
RB Koblenz	2 028 677	1 642	1 939 005	1 970 486	1 515	1 918 828	788 462	1 693 526
Ahrweiler	167 691	1 516	164 053	177 794	1 517	177 669	64 753	133 786
Altenkirchen (Ww.)	174 428	1 449	171 362	200 509	1 575	194 927	114 433	224 789
Bad Kreuznach	249 650	1 728	234 806	224 130	1 494	218 078	77 858	168 876
Bad Kreuznach, St.	90 600	2 276	88 098	101 579	2 473	96 817	–	20 932
Birkenfeld	123 134	1 446	120 909	151 479	1 733	150 790	93 298	140 532
Idar-Oberstein, St.	63 904	1 877	63 294	87 353	2 577	86 961	29 019	46 100
Cochem-Zell	83 167	1 401	73 185	84 112	1 348	82 497	21 012	79 587
Mayen-Koblenz	334 821	1 812	310 765	318 865	1 636	302 641	36 741	174 175
Andernach, St	60 335	2 277	59 115	44 757	1 588	44 335	–	25 413
Mayen, St	27 231	1 468	25 920	34 794	1 817	32 496	7 964	11 235
Neuwied	348 501	2 252	346 124	293 541	1 780	289 405	84 133	192 138
Neuwied, St	145 208	2 492	143 251	109 946	1 755	109 504	–	38 505
Rhein-Hunsrück-Kreis	69 470	781	64 624	74 894	795	72 308	56 922	110 593
Rhein-Lahn-Kreis	246 360	2 109	227 905	208 535	1 710	203 183	96 645	220 121
Lahnstein, St	56 712	3 125	51 365	28 661	1 539	24 867	–	36 183
Westerwaldkreis	231 455	1 360	225 272	236 627	1 311	227 330	142 667	248 929
RB Trier	669 762	1 787	642 195	800 530	2 066	787 653	312 147	614 461
Bernkastel-Wittlich	177 547	1 670	166 321	204 176	1 882	195 454	94 949	204 205
Bitburg-Prüm	168 333	1 921	164 690	171 138	1 865	169 251	80 107	122 433
Daun	105 148	1 881	102 715	139 724	2 360	138 162	67 639	121 221
Trier-Saarburg	218 734	1 750	208 469	285 492	2 231	284 786	69 452	166 602
RB Rheinhessen-Pfalz	1 560 461	1 506	1 503 526	1 497 772	1 357	1 463 504	632 621	1 248 910
Alzey-Worms	170 620	1 740	163 480	186 655	1 756	185 703	60 207	145 131
Bad Dürkheim	226 704	1 916	218 959	239 813	1 917	230 028	105 878	172 955
Donnersbergkreis	136 874	2 063	134 853	139 622	1 983	137 721	72 850	105 084
Germersheim	109 875	1 083	104 741	103 384	936	98 587	40 583	65 341
Kaiserslautern	97 713	1 035	96 468	114 486	1 133	110 208	49 679	88 262
Kusel	133 995	1 820	129 867	131 963	1 714	130 253	41 770	94 510
Südliche Weinstraße	73 685	772	70 271	77 227	758	73 418	85 825	149 518
Ludwigshafen	171 937	1 331	165 860	119 563	878	116 166	42 983	89 007
Mainz-Bingen	345 269	2 133	328 293	299 876	1 726	296 706	88 097	256 086
Bingen am Rhein, St	28 800	1 295	27 795	30 411	1 268	30 144	38 607	40 896
Ingelheim am Rhein, St	55 164	2 545	53 506	45 050	2 116	44 949	–	19 706
Pirmasens	93 789	962	90 734	85 183	841	84 714	44 749	83 016
Bezirksverband Pfalz	26 997	21	26 996	25 531	19	25 531	–	–
Insgesamt	7 391 255	2 047	7 103 719	6 984 972	1 845	6 819 033	2 188 992	4 528 953

1) Einschließlich der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte. – 2) Ohne kreditähnliche Rechtsgeschäfte, die seit 1990 nicht mehr zu den Schulden gerechnet werden.

Die Zinslastquote ist sowohl für das Land als auch für die Kommunen Anfang der 90er Jahre niedriger als Mitte der 80er Jahre.

Verschuldung der kreisfreien Städte höher als in den Landkreisen

Die Schulden der kreisfreien Städte je Einwohner waren 1986 mit 3 228 DM doppelt so hoch wie die Schulden der öffentlichen Hand je Einwohner in den Landkreisen (1 592 DM). Die kreisfreien Städte konnten ihre Verschuldung von 1986 (3,1 Mrd. DM) bis 1991 (2,7 Mrd. DM) um 13,3 % zurückführen. In diesem Zeitraum blieb die Verschuldung in den Landkreisen nahezu gleich (4,3 Mrd. DM), so daß sich der Abstand bei den Schulden pro Kopf der Bevölkerung zwischen den kreisfreien Städten (2 709 DM) und den Landkreisen (1 529 DM) um ein Viertel verringerte.

Wenn man die Eigenbetriebe in die Betrachtung einbezieht, dann hat sich von 1986 bis 1991 der Schuldenstand in den kreisfreien Städten um 2,9 % und in den Landkreisen um 30,6 % erhöht. Unterschiede zeigen sich zwischen den Regierungsbezirken. Am stärksten ist die Verschuldung im Regierungsbezirk Trier (+ 44,1 %) gewachsen und am geringsten in Rheinhessen-Pfalz (+ 25,2 %). Der Regierungsbezirk Koblenz liegt mit einer Zunahme des Schuldenstandes in den Landkreisen einschließlich der Eigenbetriebe von 30,1 % knapp unter dem Landkreisdurchschnitt.

4) Als Steuereinnahmekraft einer Kommune bezeichnet man die Summe aus Grundsteuern und Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (jeweils normiert mit den landesdurchschnittlichen Hebesätzen) abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Verschuldung und Steuereinnahmekraft der Kommunen

Das Verhältnis zwischen Steuereinnahmekraft⁴⁾ und Verschuldung der Kommunen kann aus zwei Blickwinkeln gesehen werden. Einerseits bedeutet eine niedrige Steuereinnahmekraft, daß sich die betroffene Kommune bei einem mit anderen Kommunen vergleichbaren Angebot öffentlicher Leistungen zusätzliche Finanzierungsquellen erschließen muß und stärker dazu neigt, sich zu verschulden. Andererseits erschwert eine niedrige Steuereinnahmekraft die Aufbringung des Schuldendienstes. Im „Idealfall“ sollten nur solche Ausgaben mit Krediten finanziert werden, die zu einer Stärkung der zukünftigen Steuereinnahmekraft führen, um daraus die Tilgungs- und Zinszahlungen leisten zu können.

Ein Vergleich der kreisfreien Städte insgesamt mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Landkreisen zeigt, daß die kreisfreien Städte stärker verschuldet sind, aber auch über eine höhere Steuereinnahmekraft (1 474 DM je Einwohner 1991) verfügen als die Landkreise (935 DM). Innerhalb der Gruppe der kreisfreien Städte ergibt sich folgendes Bild: Ludwigshafen, die Stadt mit der höchsten Steuereinnahmekraft (2 490 DM je Einwohner 1991), hat den niedrigsten Schuldenstand je Einwohner (1 996 DM). Trier als die Stadt mit der schwächsten Steuereinnahmekraft (954 DM) weist die höchste Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung (4 094 DM) aus. Auch für die übrigen kreisfreien Städte gilt die Aussage, daß tendenziell die Verschuldung mit steigender Steuerkraft sinkt. Für die Kommunen in den Landkreisen ist dieser Zusammenhang nicht so deutlich.

Dr. Hans-Herbert Krieg

Kaufkraft der D-Mark im Ausland

Die Kaufkraft der D-Mark im Ausland hängt vom Außenwert ab, der bei freiem Wechselkurs durch Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt bestimmt wird. Der jeweilige Wechselkurs gibt an, wieviel Devisen, also ausländische Zahlungsmittel, im Tausch gegen eine D-Mark zu erhalten sind. Die Kaufkraftparität hingegen zeigt an, wieviel D-Mark erforderlich sind, um die gleiche Gütermenge im Inland zu erwerben, die man im Ausland für eine bzw. 100 Einheiten der jeweiligen Landeswährung erhält. Diese Relation braucht nicht mit dem Devisenkurs der betreffenden Währung übereinzustimmen. Über die sogenannten Verbraucherpreisparitäten läßt sich feststellen, ob ein länger im Ausland lebender Deutscher für die in die jeweilige Landeswährung umgewechselten Beträge mehr oder weniger kaufen kann, als daheim. Die daneben ermittelten Reisegehaltparitäten, die hauptsächlich Preise für Waren und Dienstleistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes sowie Reisekosten berücksichtigen, geben den Kaufkraftgewinn bzw. -verlust beim Umtausch der D-Mark für Urlauber und Geschäftsreisende an.

In Schweden und Dänemark geringster Anstieg der Verbraucherpreise

Der internationale Preisvergleich konzentriert sich vor allem auf die zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie auf benachbarte europäische Länder. Allerdings sind die Preisindizes für die Lebenshaltung in den einzelnen Ländern nicht uneingeschränkt miteinander vergleichbar. Stellt man den prozentualen Anstieg der Verbraucherpreise von Land zu Land gegenüber, so ist zu berücksichtigen, daß Güterauswahl sowie Erhebungs- und Berechnungsmethoden nicht voll übereinstimmen. Die zeitliche Vergleichbarkeit wird teilweise auch durch Änderungen in den Indexberechnungen und Güterbeschreibungen beeinträchtigt. Dennoch geben die Steigerungsraten der Preisindizes für die Lebenshaltung einen recht guten Überblick über das unterschiedliche Tempo der Geldwertänderung in den einzelnen Ländern.

Während noch Ende der 80er Jahre die Bundesrepublik Deutschland sowie die Schweiz, die Benelux-Länder

**Preisindex für die Lebenshaltung
in ausgewählten europäischen Ländern**

Land	1990	1991	Juni 1992	Juli 1992
	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat in %			
Türkei	59,3	67,1	.	.
Griechenland	20,4	19,5	15,1 ^P	13,6
Portugal	13,4	11,3	.	.
Italien	6,5	6,4	.	5,4 ^P
Spanien	6,7	6,0	6,2	5,2 ^P
Österreich	3,3	3,3	4,0	4,0
Schweiz	5,4	5,9	4,2	3,8
Großbritannien	9,5	5,9	3,9	3,7
Luxemburg	3,7	3,1	3,6	3,3
Bundesrepublik Deutschland ¹⁾	2,7	3,5	4,3	3,3
Irland	3,4	3,2	.	.
Niederlande	2,6	4,0	4,0	3,1
Frankreich	3,4	3,2	3,0	2,9
Belgien	3,5	3,2	2,6	2,6
Finnland	6,1	4,2	2,7	2,6
Norwegen	4,1	3,4	2,5	2,5
Dänemark	2,6	2,4	2,3	2,2
Schweden	10,4	9,7	2,1	1,8

1) Gebietsstand 2. 10. 1990.

und Österreich die niedrigsten Teuerungsraten aufzuweisen hatten, traf dies im Juli des vergangenen Jahres für Schweden und Dänemark zu. Die Teuerungsraten entwickelten sich von 1990 bis Juli 1992 in den meisten der in den Vergleich einbezogenen Länder deutlich rückläufig. Vor allem die Bemühungen der EG-Staaten zur Bekämpfung der Inflation verliefen meist erfolgreich. Auch in Griechenland, das im Juli 1992 mit 13,6 % die bei weitem höchste Teuerungsrate aufzuweisen hatte, gelang es, den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung zu verringern. Während in Großbritannien im Jahre 1990 der Verbraucherpreisindex um nicht weniger als 9,5 % angestiegen war, betrug die Teuerungsrate im Juli 1992 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat hingegen nur noch 3,7 %. In Italien gingen die entsprechenden Raten von 6,5 auf 5,4 % und in Frankreich von 3,4 auf 2,9 % zurück. Andererseits verzeichneten die Bundesrepublik (Gebietsstand 2. Oktober 1990), Österreich und die Niederlande, deren Inflationsraten im Jahre 1990 zwischen 2,6 und 3,3 % gelegen hatten, im Juli des vergangenen Jahres bereits einen Anstieg des Verbraucherpreisniveaus gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, der zwischen 3,1 und 4 % betrug. Der Rückgang der Teuerungsrate in den alten Bundesländern von Juni zu Juli 1992 gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten um einen Prozentpunkt auf 3,3 % ist auf einen sogenannten Basiseffekt zurückzuführen, da sich die Verbrauchsteuererhöhungen aus der Mitte des Jahres 1991 seit Juli 1992 nicht mehr in der Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung niederschlugen. Unter den zwölf Ländern der EG lag das bisherige Bundesgebiet im Juli dieses Jahres mit einer Teuerungsrate von 3,3 % im Mittelfeld.

Verbrauchergeld- und Reisegeldparitäten

Das zusammenfassende Ergebnis eines Preisvergleichs zwischen zwei Ländern wird allgemein Kauf-

kraftparität genannt. Da sich die dargestellten Ergebnisse auf Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs beziehen, wird hierfür die Bezeichnung Verbrauchergeldparität gewählt. Das Interesse der länger im Ausland lebenden Deutschen und der nur für wenige Wochen ins Ausland reisenden Personen gilt neben dem Devisenkurs vor allem den Verbrauchergeld- und Reisegeldparitäten. Zur Ermittlung der Verbrauchergeldparitäten wird ein vorgegebener Warenkorb einmal mit Preisen in fremder und dann mit Preisen in eigener Währung bewertet. Den Berechnungen werden eine repräsentative Güterauswahl und die Struktur der Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte in den alten Bundesländern zugrunde gelegt.

Damit wird unterstellt, daß eine im Ausland wohnende Familie die heimischen Verbrauchsgewohnheiten beibehält. Diese Annahme muß hilfsweise erfolgen, da sonst grob geschätzt werden müßte, wie stark sich deutsche Familien im Ausland den jeweiligen Verbrauchsgewohnheiten anpassen. Die Entwicklung der Wohnungsmieten bleibt unberücksichtigt, weil es keine Informationen darüber gibt, wo in verschiedenen ausländischen Orten Wohnungen zu finden sind, die nach Größe, Ausstattung und Lage voll vergleichbar sind.

Infolge des erheblichen Aufwandes werden Verbrauchergeldparitäten nur in größeren Zeitabständen originär ermittelt. Die Fortschreibung erfolgt mittels der Preisindizes für die Lebenshaltung. Die errechneten Verbrauchergeldparitäten können zwar nicht als völlig exakter Kaufkraftvergleich angesehen werden, sind jedoch für die meisten Zwecke ausreichend. Sie dienen insbesondere staatlichen und privaten Institutionen sowie Unternehmen als Vergleichsmaßstab, wenn diese ihre Mitarbeiter für einige Zeit ins Ausland schicken und in der Währung des betreffenden Landes bezahlen. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht in der Fachserie 17 Reihe 10 „Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung“ laufend Verbrauchergeldparitäten für rund 36 Länder und Reisegeldparitäten für 8 Länder.

Verbrauchergeldparität ausgewählter europäischer Länder nach deutschem Verbrauchsschema ¹⁾

Land	WE	Verbrauchergeldparität 100 WE = ... DM		Kaufkraftgewinn (+) bzw. -verlust (-) beim Umtausch der DM in andere Währungen	
		1991	Juli 1992	1991	Juli 1992
		DM		%	
Griechenland	Dr	1,00	0,91 ^P	9,4	11,9 ^P
Luxemburg	Lfr	5,20	5,23	7,1	7,7
Niederlande	hfl	92,38	93,32	4,1	5,2
Türkei	Lt	0,042	.	2,3	.
Großbritannien	£	267,00	268,00	- 0,5	1,7
Belgien	bfr	4,71	4,76	- 3,0	- 2,0
Frankreich	FF	28,47	28,75	- 3,2	- 3,0
Spanien	Pta	1,46 ^P	1,43 ^P	- 8,6 ^P	- 9,0 ^P
Irland	Ir£	242,00	.	- 9,4	.
Italien	Lit	0,12	0,12	- 9,5	- 9,8 ^P
Österreich	S	12,71	12,55 ^P	- 8,9	- 10,0 ^P
Schweiz	sfr	88,37	89,02	- 23,6	- 20,3
Dänemark	dkr	19,09	19,49	- 26,4	- 25,0

1) Ohne Wohnungsmiete.

In Griechenland und Luxemburg höchster Kaufkraftgewinn beim Umtausch der D-Mark für längeren Auslandsaufenthalt

Gemessen an den Verbrauchergeldparitäten sind vom Jahresdurchschnitt 1991 zu Juli 1992 beim Umtausch der D-Mark in andere Währungen in den meisten Fällen die Kaufkraftgewinne geringer geworden. In früheren Jahren eingetretene Kaufkraftverluste sind annähernd gleich geblieben oder haben noch zugenommen. Die in Griechenland wohnenden deutschen Haushalte konnten im Juli 1992 beim Devisentausch den größten Kaufkraftvorteil (+ 11,9 %) erzielen; er war auch für das gesamte Jahr 1991 mit 9,4 % am höchsten. Drei Jahre zuvor war der Kaufkraftgewinn in Griechenland mit 16,4 % noch deutlich höher ausgefallen. Kaufkraftgewinne wurden im Juli 1992 außerdem noch für Luxemburg (+ 7,7 %), die Niederlande (+ 5,2 %) und Großbritannien (+ 1,7 %) ermittelt. Hingegen wurde im Jahre 1988 für Luxemburg (+ 25 %) noch ein erheblich höherer Kaufkraftgewinn ausgewiesen, für die Niederlande fiel er etwa gleich hoch aus, während für Großbritannien ein Kaufkraftverlust von 2,4 % verzeichnet worden war. Die deutlichsten Kaufkraftverluste mußten im Juli 1992 in Dänemark (- 25 %) und der Schweiz (- 20 %) hingenommen werden. Schon seit vielen Jahren beträgt in beiden Ländern die Minderung der Kaufkraft mehr als ein Fünftel. Während in den 80er Jahren deutsche Haushalte in Italien nennenswerte Kaufkraftgewinne verbuchen konnten, wurde für sie im Jahre 1991 und Mitte 1992 ein Kaufkraftverlust von knapp einem Zehntel festgestellt.

Für einen Haushalt, der nach deutschen Konsumgewohnheiten im Ausland lebt, hat beim Umtausch die deutsche Währungseinheit durchweg einen niedrigeren Kaufkraftwert als wenn er sich den Verbrauchsverhältnissen des Auslands anpaßt. Verbrauchergeldparitäten nach ausländischem Verbrauchsschema, deren Ermittlung mit erheblichem Aufwand verbunden ist, liegen jedoch nur für ganz wenige europäische Länder vor.

Reisende in die Niederlande erzielen beim Umtausch der D-Mark einen Kaufkraftgewinn von 6 %

Im Warenkorb für die Reisegeldparitäten, dem die Ausgaben von Beamten- und Angestelltenhaushalten mit höherem Einkommen für einen mehrwöchigen

Kaufkraft der D-Mark bei Urlaub in ausgewählten europäischen Reiseländern (Reisegeldparitäten)

Land	Winter 1990/91	Sommer 1991	Winter 1991/92	Juli 1992
	DM			
Niederlande	1,05	1,05	1,05	1,06 ^s
Frankreich	1,00	1,01	1,01	1,01 ^s
Italien	1,03	1,02	1,01	1,01 ^s
Großbritannien	0,90	0,89	0,91	0,90 ^s
Österreich	0,90	0,90	0,90	0,89 ^s
Spanien	0,81	0,80	0,80	0,81 ^s
Dänemark	0,76	0,77	0,78	0,78 ^s
Schweiz	0,70	0,72	0,73	0,74 ^s

Urlaub im Ausland zugrunde liegen, sind vorwiegend Preise für Essen und Übernachtung in Hotels und anderen Unterkünften, fremde Verkehrsleistungen sowie Unterhaltung des eigenen Wagens enthalten. Obwohl die Reisegeldparitäten nur für Urlaubsreisende ermittelt wurden, können sie auch für längere Geschäfts- und Dienstreisen als ausreichend repräsentativ gelten. Kontrollrechnungen haben ergeben, daß der Kaufkraftgewinn oder -verlust beim Umtausch der D-Mark in andere Währungen sowohl für Urlauber als auch für Personen, die Geschäfts- oder Dienstreisen ins Ausland unternehmen und somit teilweise andere Waren und Dienstleistungen nachfragen, annähernd gleich ist.

Die für acht europäische Länder ermittelten Reisegeldparitäten unterlagen in den beiden letzten Jahren nur geringen Schwankungen. Verglichen dagegen mit Reisegeldparitäten für den Winter 1980/81 und Sommer 1981 haben sich ganz überwiegend die Gewichte zugunsten eines Urlaubs in Deutschland verschoben. So ergab sich im Winter 1980/81 in Italien ein Kaufkraftgewinn von einem Fünftel und in Luxemburg von 14 %. Im Winter 1991/92 sowie im Juli dieses Jahres mußten in fünf Ländern Kaufkraftverluste beim Umtausch der D-Mark in die jeweilige Landeswährung hingenommen werden. Am höchsten fielen sie in der Schweiz (- 26 %) und in Dänemark (- 22 %) aus. Einen spürbaren Kaufkraftgewinn gab es für Reisende in die Niederlande (+ 6 %), während er sich in Italien und Frankreich auf lediglich 1 % belief.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Handels- und Gaststättenzählung 1993

Aufgrund des § 10 Nr. 3 des Handelsstatistikgesetzes vom 10. November 1978, geändert durch Artikel 4 der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991, hat der Bundesminister für Wirtschaft eine Handels- und Gaststättenzählung angeordnet. Diese Verordnung zur Durchführung der Zählung im Handel und im Gastgewerbe vom 9. Juli 1992 sieht eine totale Bestandsaufnahme der Unternehmen und Arbeitsstätten des Einzel- und Großhandels, der Handelsvermittlung und des

Gastgewerbes vor. Die letzte Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) fand 1985 statt.

Die gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 4 des Handelsstatistikgesetzes vorgesehene Zählung, die im Abstand von zehn Jahren oder im Bedarfsfall in kürzeren Abständen erfolgen kann, wird im Frühjahr 1993 für das Kalender- oder Geschäftsjahr 1992 durchgeführt. Wegen der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen in

Einzelhandel 1960 bis 1985¹⁾

Jahr	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Umsatz ²⁾
	Anzahl		1 000 DM
Insgesamt			
1960	35 692	113 748	4 033 209
1968	27 731	115 849	6 973 658
1979	24 320	116 282	17 450 824
1985	24 325	126 707	25 705 712
Index: 1960 = 100			
1960	100,0	100,0	100,0
1968	77,7	101,8	172,9
1979	68,1	102,2	432,7
1985	68,2	111,4	637,4

1) Abgrenzung der Berichtskreise: 1960 alle Unternehmen, 1968 und 1979 Unternehmen ab 12 000 DM, 1985 Unternehmen ab 20 000 DM Jahresumsatz. –
2) Umsatz im jeweiligen Vorjahr einschl. Umsatzsteuer.

den neuen Bundesländern und der Orientierung auf den EG-Binnenmarkt werden aktuelle Strukturdaten über den Handel dringend benötigt.

Aufgabe und Bedeutung

Handels- und Gaststättenzählungen vermitteln als Bestandsaufnahmen einen Gesamtüberblick über Handel und Gastgewerbe und liefern wichtige Detailinformationen für die Wirtschaftsbereiche Einzelhandel, Großhandel, Handelsvermittlung sowie das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe.

Während die monatliche, jährliche und mehrjährige handelsstatistische Berichterstattung auf Stichprobenbasis für die neuen Bundesländer erst nach Realisierung eines Handelszensus den Qualitätsstandard der westlichen Bundesländer haben kann und die HGZ eine erste umfassende Informationsquelle über wichtige Wirtschaftsbereiche nach der Anpassung an die Marktwirtschaft darstellt, können die Strukturdaten im alten Bundesgebiet für die Untersuchung der längerfristigen

Gastgewerbe 1960 bis 1985¹⁾

Jahr	Arbeitsstätten	Beschäftigte	Umsatz ²⁾
	Anzahl		1 000 DM
Insgesamt			
1960	13 143	43 639	620 027
1968	13 213	43 826	972 780
1979	15 641	52 485	2 146 378
1985	16 022	61 381	3 219 164
Index: 1960 = 100			
1960	100,0	100,0	100,0
1968	100,5	100,4	156,9
1979	119,0	120,3	346,2
1985	121,9	140,7	519,2

1) Abgrenzung der Berichtskreise: 1960 alle Unternehmen, 1968 und 1979 Unternehmen ab 12 000 DM, 1985 Unternehmen ab 20 000 DM Jahresumsatz. –
2) Umsatz im jeweiligen Vorjahr einschl. Umsatzsteuer.

Entwicklungsverläufe genutzt werden. Beispielsweise sind im Einzelhandel, der einem fortgesetzten Auslese- und Konzentrationsprozeß ausgesetzt ist, und im Gastgewerbe, dem im Ferienland Rheinland-Pfalz ein besonderes Gewicht zukommt, interessante Ergebnisse zu erwarten.

Wegen der großen Zahl der zu erfassenden Einheiten werden Handels- und Gaststättenzählungen nur in größeren Zeitabständen durchgeführt. Da für den vergleichsweise langen Zeitraum zwischen zwei Handelszensen keine Daten in tiefer sektoraler und regionaler Gliederung dargeboten werden können, wird in der Bundesrepublik der Aufbau und die Pflege einer Kartei im Handel und Gastgewerbe diskutiert, mit deren Hilfe in kürzeren Zeitabständen die benötigten Strukturdaten ermittelt werden können.

Das Ziel, den Anschriftenbestand der HGZ in einem Bereichsregister zu sichern und à jour zu halten, ist auch vor dem Hintergrund geplanter EG-Verordnungen zu sehen. Der Aufbau dieser Kartei, der durch die §§ 13, 13a Bundesstatistikgesetz (BStatG) rechtlich gesichert ist, wird durch die jetzige HGZ beschleunigt. Die nahtlose Sicherung und à jour-Haltung des HGZ-Anschriftenmaterials ist vorteilhafter als ein späterer aufwendiger Karteiaufbau, der eine erneute kostspielige Prüfung fehlerhafter Adreßbestände notwendig machen würde, da die in den Finanzbehörden geführten Karteien nicht den statistischen Anforderungen entsprechen.

Die Handels- und Gaststättenzählungen im Berichtssystem

Die laufenden Erhebungen im Handel können ihren vorwiegend konjunkturpolitischen Zweck mit kurz- und mittelfristig verfügbaren Repräsentativergebnissen erfüllen, da ihnen eine fundierte Stichprobe und eine stetige Berichtskreispflege zugrunde liegen. Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für die Monats-, Jahres- und Ergänzungserhebungen bilden stets die Handels- und Gaststättenzählungen. Sobald die Ergebnisse der HGZ 1993 vorliegen, kann somit ein neuer Berichtskreis für die laufende Berichterstattung ausgewählt und befragt werden. Dabei sollen – soweit wie möglich – die bisher meldenden Unternehmen gegen neue ausgetauscht werden. Dies ermöglicht einen flexiblen und für die Auskunftspflichtigen schonenden Einsatz des Erhebungsinstruments.

Die Bereitstellung von Strukturdaten in tiefer sachlicher, vor allem aber in tiefer regionaler Gliederung gelingt nur mit der Handels- und Gaststättenzählung als Totalerhebung. Auf eine Ergebnislagerung nach Branchen und auf andere für Strukturanalysen notwendige zusätzliche Klassifikationen (z. B. im Einzelhandel: Ambulanter Handel, Versandhandel, Ladengeschäfte) muß aber auch in den Repräsentativstatistiken nicht verzichtet werden, da diese Gliederungsmerkmale für jedes Stichprobenunternehmen aus der HGZ übernommen werden und auch, etwa in der Jahreserhebung im Einzelhandel, regelmäßig erfragt werden.

Darüber hinaus werden Handels- und Gastgewerbe-daten in den in größeren Zeitabständen erfolgenden Arbeitsstättenzählungen und in der in zweijährlichem

Großhandel 1979 bis 1985

Großhandel mit . . .	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz 1984 (ohne Umsatzsteuer)	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1979	insgesamt	Veränderung gegenüber 1979	insgesamt	Veränderung gegenüber 1978
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%
Rohstoffen und Halbwaren darunter	2 029	- 7,6	15 412	10,6	10 128 862	69,2
Festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen, o. a. S.	114	- 22,4	1 090	13,7	3 126 351	161,8
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	641	- 6,6	7 510	16,8	3 088 161	65,2
Fertigwaren	4 855	4,7	41 744	18,6	18 665 611	71,3
darunter						
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1 982	- 3,6	16 617	6,1	9 140 314	60,0
Fahrzeugen, Maschinen, techn. Bedarf	1 047	9,5	8 470	27,3	3 409 143	75,0
Großhandel insgesamt	6 884	0,7	57 156	16,3	28 794 472	70,5

Abstand aufbereiteten Umsatzsteuerstatistik gewonnen. Diese Statistiken enthalten nur relativ wenige Tatbestände, die Arbeitsstättenzählung insbesondere Arbeitsstätten, Beschäftigte sowie die Lohn- und Gehaltssumme, die Umsatzsteuerstatistik etwa Steuerpflichtige und deren steuerbare Umsätze. Sie liefern damit vornehmlich Rahmendaten in sektoraler und regionaler Abgrenzung, während zur Darstellung weitergehender Bereichs- und Branchenstrukturen Handels- und Gaststättenzählungen erforderlich sind.

Erhebungsbereich

Um eine fundierte sachliche und regionale Gliederung zu gewährleisten, die der konjunktur- und strukturpolitischen Zwecksetzung des Handelszensus entspricht, sind von Unternehmen mit mehreren Arbeitsstätten zusätzliche Angaben für die einzelnen Arbeitsstätten erforderlich. Ausgenommen von der Erhebung sind die im Ausland gelegenen Arbeitsstätten sowie land- und forstwirtschaftliche Unternehmens- und Betriebsteile. Erfasst werden alle Unternehmen, die im Geschäftsjahr 1992 einen Umsatz von mindestens 25 000 DM getätigt haben, sowie alle Neugründungen

bis zum Stichtag, die eine vergleichbare Unternehmensgröße erkennen lassen. Als Arbeitsstätten (Betriebe) gelten alle örtlichen Einheiten (Verkaufsfilialen, Werkstätten, Lager, Verwaltungsbetriebe), in denen mindestens eine Person regelmäßig – wenn auch nur zeitweise – tätig ist.

Der Erhebungsbereich umfaßt

- Unternehmen des Einzelhandels einschließlich Versand-, Markt-, Straßen- und Hausierhandel, Apotheken sowie Tankstellen ;
- Unternehmen des Großhandels einschließlich Außenhandel, Einkaufs- und Verkaufsvereinigungen oder -genossenschaften ;
- Unternehmen der Handelsvermittlung (Handelsvertreter und -makler einschließlich Agenturtankstellen) ;
- Unternehmen des Gastgewerbes (Beherbergungs- und Gaststättengewerbe) ;
- Arbeitsstätten bzw. Zweigniederlassungen von Unternehmen des Einzel- und Großhandels, der Han-

Handelsvermittlung 1979 bis 1985

Vermittlung von . . . — Ausgewählte Wirtschaftszweige	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz 1984 (ohne Umsatzsteuer)	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1979	insgesamt	Veränderung gegenüber 1979	insgesamt	Veränderung gegenüber 1978
	Anzahl	%	Anzahl	%	1 000 DM	%
Textilien, Schuhen, Lederwaren	498	- 4,6	927	4,2	74 616	65,7
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	596	10,2	1 107	17,4	73 390	69,9
Fahrzeugen, Maschinen, techn. Bedarf	436	1,9	983	10,2	99 755	114,8
Tankstellen (Absatz in fremdem Namen)	565	- 39,1	2 138	- 26,6	181 755	38,6
Handelsvermittlung insgesamt	3 586	- 14,9	8 093	- 11,1	629 154	36,5

Klassifikation der Wirtschaftszweige
Ausgabe 1993 (WZ 93)
- Auszug der für die HGZ 1993 relevanten Wirtschaftsbereiche -
NACE REV. 1
- Fassung für nationale Zwecke -

Abtlg.	Gruppe	Klasse - Unterklasse	Bezeichnung
Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern			
50			Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
	50.1		Handel mit Kraftwagen
	50.2		Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen
	50.3		Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör
	50.4		Handel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern
	50.5		Tankstellen
51			Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
	51.1	51.11	Handelsvermittlung Handelsvermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren
		51.12	Handelsvermittlung von Brennstoffen, Erzen, Metallen und technischen Chemikalien
		51.13	Handelsvermittlung von Holz, Baustoffen und Anstrichmitteln
		51.14	Handelsvermittlung von Maschinen, technischem Bedarf, Wasser- und Luftfahrzeugen
		51.15	Handelsvermittlung von Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren
		51.16	Handelsvermittlung von Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren
		51.17	Handelsvermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren
		51.18	Handelsvermittlung von Waren a.n.g.
		51.19	Handelsvermittlung von Waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	51.2		Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren
		51.21	Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln
		51.22	Großhandel mit Blumen und Pflanzen
		51.23	Großhandel mit lebenden Tieren
		51.24	Großhandel mit Häuten, Fellen und Leder
		51.25	Großhandel mit Rohtabak
	51.3		Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren
		51.31	Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln
		51.32	Großhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild
		51.33	Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten
		51.34	Großhandel mit Getränken
		51.35	Großhandel mit Tabakwaren
		51.36	Großhandel mit Zucker, Süßwaren und Backwaren
		51.37	Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen
		51.38	Großhandel mit sonstigen Nahrungsmitteln
		51.39	Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	51.4		Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern
		51.41	Großhandel mit Textilien
		51.42	Großhandel mit Bekleidung und Schuhen
		51.43	Großhandel mit elektrischen Haushaltsgeräten, Rundfunk- und Fernsehgeräten
		51.44	Großhandel mit Haushaltswaren aus Metall, keramischen Erzeugnissen, Glaswaren, Tapeten und Reinigungsmitteln
		51.45	Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln
		51.46	Großhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfsmitteln
		51.47	Großhandel mit sonstigen Gebrauchs- und Verbrauchsgütern
	51.5		Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen
		51.51	Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen
		51.52	Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug
		51.53	Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik
		51.54	Großhandel mit Bauelementen aus Metall sowie Installationsbedarf für Gas, Wasser und Heizung
		51.55	Großhandel mit chemischen Erzeugnissen
		51.56	Großhandel mit sonstigen Halbwaren
		51.57	Großhandel mit Altmaterial und Reststoffen
	51.6		Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör
		51.61	Großhandel mit Werkzeugmaschinen
		51.62	Großhandel mit Baumaschinen
		51.63	Großhandel mit Textil-, Näh- und Strickmaschinen
		51.64	Großhandel mit Büromaschinen und -einrichtungen
		51.65	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör (ohne landwirtschaftl. Maschinen)
		51.66	Großhandel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten
	51.7		Sonstiger Großhandel
52			Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	52.1		Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
		52.11	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
		52.12	Sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art

noch: Klassifikation der Wirtschaftszweige
Ausgabe 1993 (WZ 93)
- Auszug der für die HGZ 1993 relevanten Wirtschaftsbereiche -
NACE REV. 1
- Fassung für nationale Zwecke -

Abtlg.	Gruppe	Klasse - Unterklasse	Bezeichnung
	52.2		Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)
		52.21	Einzelhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln
		52.22	Einzelhandel mit Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild
		52.23	Einzelhandel mit Fisch und Fischerzeugnissen
		52.24	Einzelhandel mit Backwaren und Süßwaren
		52.25	Einzelhandel mit Getränken
		52.26	Einzelhandel mit Tabakwaren
		52.27	Sonstiger Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln
	52.3		Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)
		52.31	Apotheken
		52.32	Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
		52.33	Einzelhandel mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln
	52.4		Sonstiger Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)
		52.41	Einzelhandel mit Textilien
		52.42	Einzelhandel mit Bekleidung
		52.43	Einzelhandel mit Schuhen und Lederwaren
		52.44	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a.n.g.
		52.45	Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten
		52.46	Einzelhandel mit Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf
		52.47	Einzelhandel mit Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf
		52.48	Facheinzelhandel a.n.g. (in Verkaufsräumen)
	52.5		Einzelhandel mit Antiquitäten und Gebrauchtwaren (in Verkaufsräumen)
	52.6		Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)
		52.61	Versandhandel
		52.62	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten
		52.63	Sonstiger Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)
	52.7		Reparatur von Gebrauchsgütern
		52.71	Reparatur von Schuhen und Lederwaren
		52.72	Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten
		52.73	Reparatur von Uhren und Schmuck
		52.74	Reparatur von sonstigen Gebrauchsgütern
	Abschnitt H: Gastgewerbe		
55			Gastgewerbe
	55.1		Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis
		55.11	Hotels, Gasthöfe und Pensionen
		55.12	Hotels garnis
	55.2		Sonstiges Beherbergungsgewerbe
		55.21	Jugendherbergen und Hütten
		55.22	Campingplätze
		55.23	Beherbergungsgewerbe a.n.g.
	55.3		Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen
	55.4		Sonstiges Gaststättengewerbe
	55.5		Kantinen und Caterer
		55.51	Kantinen
		55.52	Caterer

Stand: August 1992

delsvermittlung und des Gastgewerbes werden darüber hinaus unabhängig von ihrer ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit erfaßt, d.h. sämtliche Angaben für die gesamte Arbeitsstätte gelten für alle ihre gewerblichen und freiberuflich ausgeübten Tätigkeiten, ggf. auch mit Umsätzen aus eigener Herstellung und Reparatur.

Mit Einführung der NACE Rev. 1, die ab 1. Januar 1993 per EG-Verordnung verbindlich als Standardklassifikation der wirtschaftlichen Tätigkeiten für die Mitgliedstaaten der EG vorgeschrieben wurde und die in der für Deutschland abgeleiteten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) ihre Entsprechung findet, fällt erstmals auch der Kraftfahrzeughandel in den Erhebungsbereich der Handels- und Gaststättenzählung

1993. Der neue Berichtskreis für die Repräsentativberichterstattung wird im Anschluß an die HGZ 1993 ebenfalls nach der neuen Klassifikation WZ 93 ausgewählt und befragt. Die Vergleichbarkeit der wirtschaftssystematisch gegliederten Ergebnisse mit früheren Zählungen soll gewährleistet bleiben.

Erhebungskonzept

Dem Handelszensus liegt für alle Erhebungsbereiche ein einheitliches Frageprogramm zugrunde, das in Einzelheiten jeweils den besonderen Verhältnissen und Eigenheiten der einbezogenen Wirtschaftsbereiche angepaßt ist. Für die Ergebnisauswertung der HGZ ist darüber hinaus zu beachten, ob es sich bei den darzu-

stellenden Einheiten um Unternehmen oder um Arbeitsstätten handelt. Eine Reihe von Tatbeständen ist an die jeweilige örtliche Einheit gebunden, wie die regionale Zuordnung, die Bedienungsform oder die Anzahl der Gästebetten. Andere Merkmale gelten wiederum für das ganze Unternehmen, wie die Unternehmensform oder die Art des Großhandels. Grundlegende Erhebungsmerkmale auf beiden Ebenen sind die Beschäftigten und der Umsatz.

Gegenüber der HGZ 1985 ergibt sich aufgrund der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, die im Bereich des Einzelhandels für Unternehmen und Arbeitsstätten eine Gliederung nach der Absatzform vorsieht, eine inhaltliche Änderung. Die eindeutige wirtschaftszweigsystematische Zuordnung, ob etwa Handel in Verkaufsräumen, Handel an Verkaufsständen und auf Märkten, Versandhandel, Handel vom Lager oder sonstiger Handel (z. B. Fahr- oder Automatenverkauf) stattfindet, erspart eine spezielle Signierung und Auswertung dieser Angaben, die noch beim letzten Zensus erforderlich waren.

Erhebungsmerkmale sind:

- Für Unternehmen der Wirtschaftszweig, tätige Personen, der Umsatz insgesamt und differenziert nach Arten der wirtschaftlichen Tätigkeiten; im Einzel- und Großhandel zudem Kapitalbeteiligungen, Bedienungsform und Geschäftslage. Darüber hinaus wird

in Einzelhandelsunternehmen die Geschäfts- und Verkaufsfläche sowie die Betriebsform erhoben. In der Handelsvermittlung werden speziell die Provisionen insgesamt und nach Branchen differenziert erfragt, im Gastgewerbe die Beherbergungskapazität.

- Für Arbeitsstätten der Wirtschaftszweig, tätige Personen, der Umsatz insgesamt und differenziert nach Arten der wirtschaftlichen Tätigkeiten; im Einzel- und Großhandel zudem Bedienungsform und Geschäftslage. Des weiteren sind in Arbeitsstätten des Einzelhandels die Geschäfts- und Verkaufsfläche sowie die Betriebsform anzugeben. In Arbeitsstätten des Gastgewerbes wird speziell die Beherbergungskapazität erfragt.

Die Ergebnisse sind im allgemeinen gegliedert nach Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen, im Einzel- und Großhandel nach Bedienungsformen und Ortslage, im Einzelhandel nach Betriebsformen und nach Größenklassen der Geschäfts- und Verkaufsflächen, im Gastgewerbe nach Größenklassen für Fremdenzimmer und -betten. Die Darstellung in tiefer sektoraler und regionaler Gliederung ist möglich. Unternehmensergebnisse sind für Anfang 1994 zu erwarten, Angaben für Arbeitsstätten daran anschließend.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Berufspendler am Oberrhein

Die Intensität einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit von benachbarten Gebieten kann am Warenverkehr und an den Kapitalverflechtungen gemessen werden. Sie wird immer auch durch die Wohnsituation und durch das Arbeitsplatzangebot gekennzeichnet, die wiederum die wichtigsten Bestimmungsfaktoren für das Pendlerverhalten sind. Das gilt in ganz besonderem Maße für die wirtschaftliche Verflechtung von grenzüberschreitenden Regionen.

Durch Zusammenarbeit mit dem Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Direction Régionale d'Alsace, Strasbourg, den Statistischen Ämtern der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, der Regio-Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz und dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg kann jetzt erstmals eine Pendlerbilanz für das Gebiet am Oberrhein vorgelegt werden. Zu diesem europäischen Grenzraum zählen neben der Region Elsaß, bestehend aus den Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin, die Nordwestschweiz, die badischen Teile von Baden-Württemberg und die rheinland-pfälzische Südpfalz, bestehend aus den Kreisen Südliche Weinstraße, Germersheim und der Stadt Landau.

Methodische Vorbemerkungen

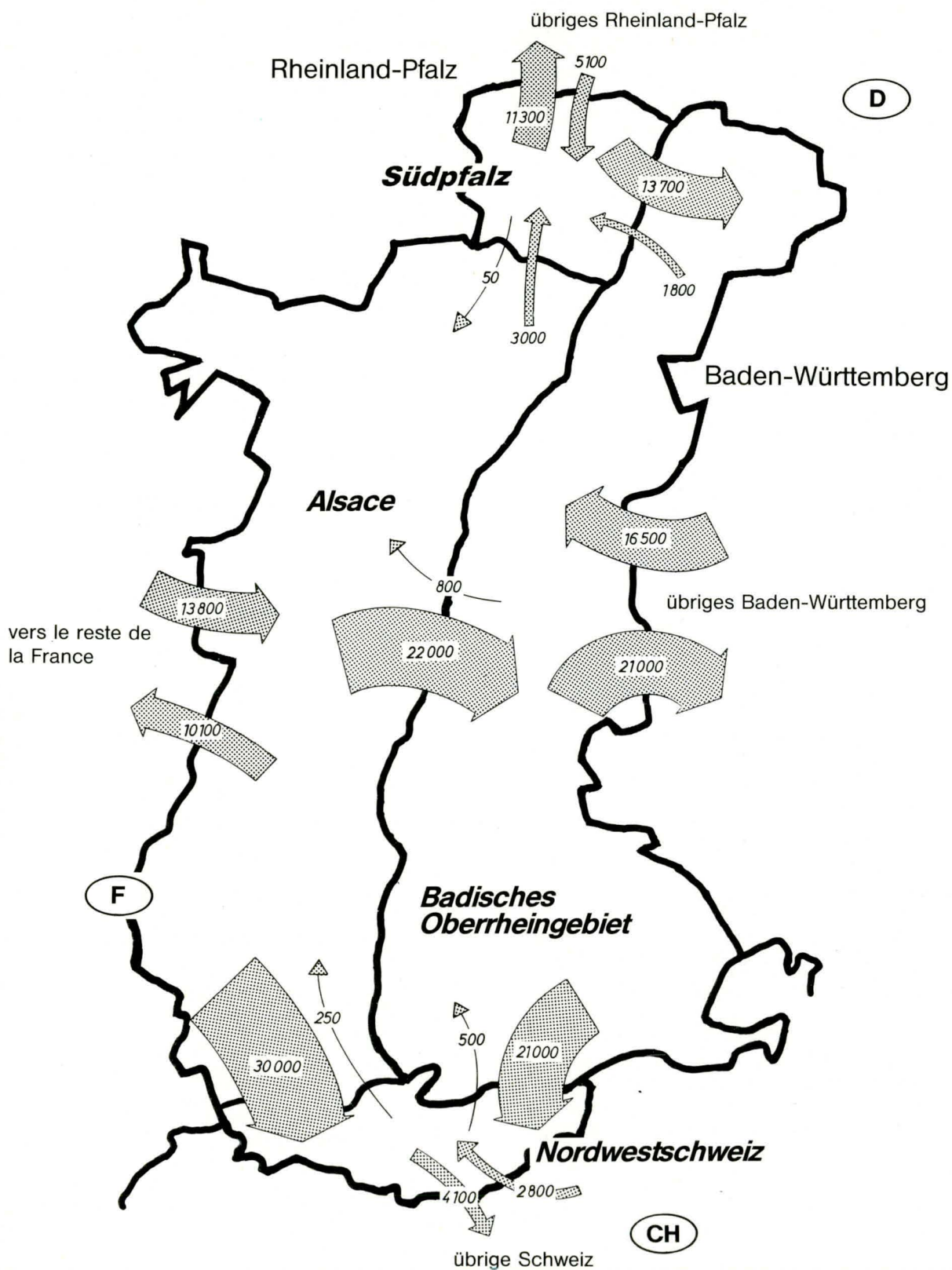
Der Pendlermatrix liegen die Angaben über Berufspendler zwischen den genannten vier Teilregionen des

Oberrheins zugrunde. Als Berufspendler oder Grenzgänger gelten die in einer Teilregion wohnenden Erwerbstätigen, deren Arbeitsstätte sich in einer der drei anderen Teilregionen befindet. Die Angaben für die Südpfalz und Baden basieren auf der deutschen Volkszählung von 1987, die für das Elsaß auf der französischen Volkszählung (Recensement Général de la Population) von 1990. Die Pendlerzahlen aus und nach der Nordwestschweiz stammen aus der Grenzgängerstatistik des zentralen Ausländerregisters des schweizerischen Bundesamtes für Ausländerfragen. Die Daten aus der eidgenössischen Volkszählung vom Dezember 1990 konnten nicht eingearbeitet werden, da dieser Teil der Zählung bei Abschluß der Arbeiten noch nicht aufbereitet war.

Fast 100 000 Berufspendler fahren jeden Tag über die Grenzen

Das Gebiet am Oberrhein ist gekennzeichnet durch ein harmonisches Nebeneinander von industriellen Ballungszentren, schönen, zum Teil ländlichen Wohngebieten und großen Erholungsgebieten. Die naturräumliche Einheit des Gebietes zwischen Schwarzwald, Vogesen und dem Schweizer Jura hat seit altersher auch die wirtschaftlichen Beziehungen der Teilregionen bestimmt. Die industriellen Ballungszentren Wörth/Karlsruhe im Norden und Basel im Süden sowie die mehr vom Dienstleistungssektor geprägten Städte

BERUFSPENDLER AM OBERRRHEIN



Straßburg und Freiburg links und rechts des Rheins konnten sich zum heutigen Niveau nur durch eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes und des Grenzverkehrs entwickeln. Damit verbunden war ein enormes Anwachsen des Pendlerverkehrs zwischen den deutschen, französischen und schweizerischen Gebietsteilen. Anfang dieses Jahrzehnts hat die Zahl der Berufspendler, die täglich die Grenzen zwischen Südpfalz, Baden, Elsaß und Nordwestschweiz überqueren, fast die Summe von 100 000 erreicht. Der weitaus überwiegende Teil fährt mit dem eigenen Pkw zur Arbeit, nur wenige nutzen die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (zwischen der Südpfalz und Baden-Württemberg sind es nur 10%).

Die Pendlerbeziehungen zwischen den einzelnen Gebieten sind sehr unausgeglichen. Man ist geneigt, zu sagen, es handelt sich hier um Einbahnstraßen; aus dem Elsaß fahren täglich 55 000 Menschen über die deutsche und die schweizerische Grenze zur Arbeit (30 000 in die Schweiz, 22 000 nach Baden und rund 3 000 in die Südpfalz). In der Gegenrichtung werden gerade 1 000 gezählt, und zwar 250 aus der Schweiz, 800 aus Baden und ganze 45 aus der Südpfalz. Das gleiche gilt für den Grenzverkehr zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg: Rund 21 000 Badener arbeiten in schweizerischen Betrieben und nur knapp 500 Schweizer in Betrieben auf der Badener Seite. Nicht ganz so einseitig ist die Bilanz zwischen den beiden deutschen Teilregionen: 13 700 Südpfälzer fahren auf die rechte Rheinseite zur Arbeit und treffen dabei immerhin auf fast 1 800 Badener, die links des Rheins tätig sind. Zwischen der Schweiz und der Südpfalz finden wegen der großen Entfernung keine nennenswerten Pendlerbewegungen statt.

Aufgrund der industriellen Agglomeration in Würth, Karlsruhe und Basel konzentrieren sich die Pendlerströme auf diese Gebiete. Basel-Stadt und -Landschaft

allein sind das Ziel von mehr als 26 000 französischen und rund 13 000 deutschen Berufspendlern, nach Karlsruhe kommen täglich weit über 12 000 Südpfälzer und schätzungsweise wohl noch etwas mehr Elsässer.

Der geographischen Lage entsprechend liegen die bevorzugten Wohngebiete der Pendler in den elsässischen Gebieten Wissembourg, Lauterbourg, Soultz, Seltz und Bischwiller im Norden sowie Altkirch, Sierentz, Hirsingue, Huningue und Ferrette im Süden. Dort sind jeweils mehr als 15 % der ansässigen Erwerbstätigen Grenzgänger. Ähnliches gilt für die südbadischen Gebiete am Oberrhein.

Recht ausgeglichen sind die Pendlerbeziehungen zwischen den zum Gebiet am Oberrhein gehörenden Grenzregionen mit dem jeweiligen Mutterland. So fahren aus dem badischen Oberrheingebiet täglich 21 000 Erwerbstätige in das übrige Baden-Württemberg, umgekehrt kommen von dort 16 600. Aus der Nordwestschweiz pendeln 4 100 Erwerbstätige in die übrige Schweiz, gegenüber 2 800, die von dort kommen. Die entsprechenden Zahlen für das Elsaß belaufen sich auf 10 100 bzw. 13 800 und auf 11 300 bzw. 5 100 in der Südpfalz.

Gründe für diese Pendlereinbahnstraßen zwischen den Teilregionen des Oberrheingebietes liegen in erster Linie in dem vorhandenen Angebot an Arbeitsplätzen. Dazu kommen aber auch ein unterschiedliches Lohnniveau, Unterschiede in den Sozialleistungen und Unterschiede in den Lebenshaltungskosten und den Wechselkursverhältnissen von D-Mark, Französischem Franc und Schweizer Franken. So wählen zunehmend Deutsche ihren Wohnort im grenznahen Frankreich, behalten ihren Arbeitsplatz in Deutschland und reihen sich damit in die täglich größer werdenden Pendlerströme ein.

Diplom-Volkswirt Jochen Gebauer

Statistisches Problemlösungsverfahren

Gründe für die Einführung eines neuen Verfahrens

In der Vergangenheit zeigten sich – wie im folgenden dargelegt wird – ständig zunehmende Schwierigkeiten in der Statistischen Verbundprogrammierung.

- Die im Verbund zu erledigende Programmierleistung ist durch die im Laufe der Jahre immer komplexer und umfangreicher gewordenen Aufgaben permanent angestiegen, ohne daß eine entsprechende Personalanpassung möglich war.
- Als Folge der Großzählungen und Erhebungen größeren Umfangs erhöhten sich Test- und Zeitaufwand für die Programmfertigstellung. Dies führte zu Engpässen und Terminverzögerungen.
- Die Programme wurden durch zunehmenden Umfang und Komplexität der Aufgabenstellungen und die dadurch bedingte Überlastung der Programmierkapazität immer fehleranfälliger.

- Der damit einhergehende steigende Wartungsaufwand hat den für die Bearbeitung neuer Projekte einsetzbaren Anteil der Programmierkapazität weiter eingeeengt.
- Schließlich häuften sich zunehmend Auswertungswünsche verschiedenster Art. Die herkömmlichen Programmiermethoden erwiesen sich für die schnelle Erledigung kurzfristiger Sonderaufträge als zu unflexibel.

Um diese Situation der Verbundprogrammierung grundlegend zu verbessern, wurden Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der Programmiermethoden gesucht. Hierbei war man im Arbeitskreis für maschinelle Aufbereitung der Meinung, daß Verbesserungen der Programmiermethode am besten durch eine spezifische, unmittelbar auf die statistische Aufbereitung bezogene Neuentwicklung zu erreichen seien. Das unter dieser Voraussetzung herzustellende neue Programmierwerkzeug sollte für den Programmierer der amtlichen Statistik bestimmt sein.

Anforderungen an das zu entwickelnde Produkt

Folgende Vorstellungen bildeten die Grundlage der Überlegungen:

- Dem Konzept für die neu zu entwickelnde Sprache sollte nicht die bekannte „prozedurale“ Denkweise zugrunde liegen, die im wesentlichen die jeweilige Aufgabenstellung in logisch und zeitlich aufeinanderfolgende Abläufe zerlegt und diese „Prozeduren“ in eine Programmiersprache überträgt. In weitgehend beschreibender Darstellung des Aufbereitungszieles in einer entsprechend konzipierten Sprache sollte die technologische Lösung durch Einsatz eines Übersetzerprogramms, das aus der vorgegebenen Beschreibung ein lauffähiges Maschinenprogramm erstellt, erzeugt werden können.
- Die Problembeschreibung sollte „statistiknah“ – d.h. von Arbeitsvorgängen ausgehend, die bei statistischen Aufbereitungen immer wieder vorkommen – und zugleich automatisch strukturiert sein. Außerdem war eine leichte Lesbarkeit und Änderbarkeit durch Selbstdokumentation gefordert.
- Die Einzelelemente der beschreibenden Darstellung sollten so aussagekräftig und wirkungsvoll sein, daß aus einer relativ kurzen Beschreibung der ausführliche Ablauf des eigentlichen Programms maschinell entwickelt werden kann.
- Es sollte gewährleistet sein, daß einzelne Beschreibungsteile (wie z. B. bestimmte Spezifizierungen oder Gliederungsauswertungen) für eine bestimmte Statistik stets für weitere Auswertungen dieser Statistik in beliebiger Kombination wiederverwendet werden können.
- Im statistischen Anwendungsbereich häufig wiederkehrende Prozesse (z. B. Sortierfolgeprüfung von Eingabedateien, Mitführen und Ausgeben von Satzählern für jede Ein- und Ausgabedatei, Kontrolle von Druckprozessen auf Überschreitungen der Druckmasken-Felder, Dokumentieren der Vorlaufinformation, Einlesen von Leitdateien in den Speicher) sollten vom Übersetzerprogramm miterzeugt werden.

Problemstruktur, Bausteine

Die Realisierung dieser Grundideen und Forderungen erfolgte in sog. Bausteinen, die man als Zusammenfassung aller logischen Gliederungsteile zu Standardmodulen verstehen kann. Das Statistische Problemlösungsverfahren, kurz SPLV genannt, kennt bestimmte Typen von Bausteinen (z. B. EINGABE, AUSGABE, DRUCKEN, TABELLE, ZUSAMMENFÜHREN, u.a.), von denen jeder einen vorgeschriebenen, strukturierten Aufbau hat und ganz bestimmte Funktionen erfüllt, was durch die jeweiligen Bezeichnungen, wie DRUCKEN oder TABELLE, zum Ausdruck kommt. Die Benutzung ist dem Programmierer bei SPLV zwingend vorgeschrieben.

Diese Elemente empfangen und liefern die zu verarbeitenden Datenströme; sie führen ihre spezifischen Aufgaben, z. B. Erstellen der Summenzeilen einer be-

stimmten Tabelle an den Eingabedatenströmen aus und liefern die weiterverarbeiteten oder zusammengefaßten bzw. anderweitig modifizierten Daten im Ausgabedatenstrom weiter.

Durch die Anwendung dieser Technik gewinnt der Programmierer gegenüber der herkömmlichen Programmierweise enorme Vorteile bezüglich Fehlerfreiheit und Sicherheit der Programme. Beispielsweise werden im Modul ZUSAMMENFÜHREN lediglich aufgrund der Vorgaben über die Ordnungsfelder in den einzelnen Datenströmen sowohl die Anforderungsmechanismen an vorgelagerte Teile wie auch insbesondere der Zusammenführungsmechanismus vom Übersetzerprogramm erzeugt; der Anwendungsprogrammierer gibt lediglich an, bei welchen Paarigkeitsbedingungen er bestimmte Verarbeitungen ausgeführt haben will. Dies erspart der Programmierung eine oft fehleranfällige und jedenfalls testaufwendige Programmierung für die Steuerung der Zusammenführungsvorgänge.

Der Programm-Abschnitt TABELLE ermöglicht durch bloße Beschreibung der Tabellenzeilen- bzw. -spaltengliederung und Vorgabe der erforderlichen Aktionen die Summenzeilenerstellung für die jeweilige Tabelle einschließlich evtl. erforderlicher Additions- oder Prozentierungsvorgänge.

Beim Baustein DRUCKEN können beispielsweise außer dem Tabellenkopf insbesondere wiederkehrende oder von bestimmten Bedingungen abhängige Zwischenüberschriften oder hierarchisch abgestufte Vorspaltexte in das Tabellenbild eingebracht werden, ohne daß hierfür die in der herkömmlichen Programmierung notwendige Einzelkodierung durch den Programmierer erfolgen muß. Diese Funktionen werden bereits durch die Beschreibung der Texte mit Hilfe des Übersetzerprogramms erzeugt.

Das Übersetzerprogramm erkennt aufgrund der Angaben in den Vereinbarungen AUSGANG bzw. EINGANG die Problemstruktur der Aufgabenstellung, überprüft sie auf Zulässigkeit und erzeugt dann den gesamten Programmablauf und die Verarbeitung innerhalb der Programmteile. Dadurch wird eine wesentliche Erhöhung der Sicherheit der einzelnen Programme erreicht, weil bisher bestehende Fehlermöglichkeiten insofern entfallen, als der Programmierer sich nicht mehr um die Gesamtsteuerung des Ablaufs in seinem Anwendungsprogramm zu kümmern braucht. Sobald die Programmstruktur festliegt, kann er sich auf die Beschreibung der einzelnen Arbeitsvorgänge innerhalb der Bausteine konzentrieren.

Starke Programm-Transparenz

Die starke Strukturierung jedes SPLV-Anwenderprogramms trägt erheblich zur Durchsichtigkeit und Übersicht und damit zu verbesserter Wartbarkeit bei. Diese Programm-Transparenz wird durch die zwingend vorgeschriebene Verwendung von Bausteinen, deren Typenzahl begrenzt ist, sowie durch die ebenfalls strikte Strukturierung der Beschreibungen innerhalb jedes Programmteils noch weiter gefördert. Man kann sagen, daß in SPLV die Zielsetzungen der Programm-Modularisierung im weitestgehenden Sinn und in einheitlicher Weise verwirklicht wurden. Da alle Elemente der Pro-

blemsbeschreibung nur innerhalb der zu Standardmodulen zusammengefaßten logischen Gliederungsteile vorkommen können und es keine „freischwebenden“ Anweisungen außerhalb dieser Bausteine gibt, ist damit eine klare und übersichtliche Strukturierung einer Problemlösung stets gegeben.

Programmentwicklung auf Arbeitsplatzrechnern

Im Statistischen Bundesamt ist inzwischen eine SPLV-Entwicklungsumgebung auf der Basis eines Arbeitsplatzrechners (UNIX-Workstation) realisiert. Unter dem Gesichtspunkt des generell zu beobachtenden hohen Anteils von Wartungsaufwand an der gesamten Programmierkapazität verspricht man sich in dem SPLV-Einsatz in Verbindung mit einer Entwicklungsumgebung auf dezentralen Entwicklungsrechnern (UNIX-Workstations) eine Beschleunigung der Programmerstellung und des Programmtests sowie eine Reduzierung des Wartungsaufwands. Unter der Voraussetzung, daß eine zur maschinellen Ausrüstung des Bundesamtes kompatible Hard- und Softwareausstattung zur Verfügung steht, kann bei den statistischen Landesämtern der Einsatz der UNIX-Version des SPLV-Übersetzers über die reine Stapelversion hinaus (auch mit grafischer Oberfläche) erfolgen, wobei die Anbindung der Workstation an den Großrechner installationsabhängig ist und insofern vom jeweiligen Amt selbst übernommen werden müßte.

Erfahrungen

Die in der Programmierung bei uns bisher gemachten Erfahrungen mit SPLV lassen bereits eine Vereinfachung und Beschleunigung der Programmentwicklung einschließlich Wartung erkennen. Sie reichen jedoch noch nicht aus, um die Verbesserungen gegenüber der herkömmlichen Programmiermethode zahlenmäßig zu quantifizieren. Hierzu bedarf es einer Intensivierung der SPLV-Ausbildung als Voraussetzung für eine verstärkte Anwendung.

Beim Einsatz der bisher im Rahmen des Programmverbundes erhaltenen SPLV-Programme sind erheblich verstärkte Anforderungen an die Maschinenkapazitäten zu verzeichnen. Inzwischen ergriffene Maßnahmen zur Verbesserung des Übersetzerprogramms konnten zu einer Optimierung des Laufzeitverhaltens beitragen. In diesem Zusammenhang ist jedoch auch zu berücksichtigen, daß der Übergang zu fortschrittlichen Programmiermethoden, insbesondere deskriptiven Sprachen, generell (und nicht nur für SPLV) wesentlich höhere Anforderungen an den Speicherverbrauch und an die Rechenzeit stellt. Insofern entsprechen die zusätzlichen Anforderungen beim SPLV-Einsatz der allgemeinen Entwicklung.

Diplom-Volkswirt Otto Kaiser

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 734	3 789	3 804	3 811	3 817
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 097	2 066	2 365	1 952	1 200	2 868 ^p	2 511 ^p	1 815 ^p	1 325 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,7	6,5	7,6	6,0	3,8	8,8 ^p	7,9 ^p	5,6 ^p	4,2 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 561	3 526	3 725	3 561	3 248	3 740 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,4	11,2	11,9	11,0	10,4	11,4 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 651	3 630	3 246	3 685	3 731	3 457 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,5	10,4	11,4	11,9	10,6 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	24	18	30	26	22 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,2	6,8	5,1	8,2	7,5	5,9 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 90	- 104	479	- 124	- 483	283 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	- 0,3	1,5	- 0,4	- 1,5	0,9 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 323	11 775	13 880	15 231	13 881
* Fortgezogene	Anzahl	7 079	6 862	7 495	8 786	7 219
* Wanderungssaldo	Anzahl	5 244	4 913	6 385	6 445	6 662
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 838	11 122	10 500	12 561	11 652
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	93 064	82 334	76 161	75 639	77 663	90 729	87 150	89 686	93 646
* Männer	Anzahl	45 652	41 970	37 636	37 560	39 514	46 640	45 184	47 006	49 693
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 783	4 231	3 367	.	.	.	4 155	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	30 495	27 136	25 100	.	.	.	29 445	.	.
Arbeitslosenquote	%	6,3	5,4	5,0	5,0	5,1	5,8	5,6	5,7	6,0
Offene Stellen	Anzahl	13 956	17 425	21 084	17 790	14 481	27 859	25 466	18 701	14 974
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	993	1 187	1 325	.	.	.	1 775	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	5 510	5 976	.	.	.	5 785	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 227	6 764	7 845	8 528	8 520	6 737	10 119	16 174	21 366
Männer	Anzahl	3 289	5 086	5 705	5 951	6 126	5 213	7 821	12 712	16 669
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 754	15 374	15 229	16 069	15 843	12 794	13 840	14 953	15 926
* Rinder	t	4 786	5 727	5 847	6 259	5 891	3 872	4 687	5 061	5 385
* Kälber	t	26	43	36	40	45	19	29	31	33
* Schweine	t	9 788	9 464	9 207	9 592	9 732	8 795	8 998	9 717	10 366
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	69	66	62	62	60	65	62	62	57
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,6	94,4	94,1	94,1	95,2	94,7	94,6	94,2
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 666	2 663	2 664	2 661	2 676	2 668	2 670	2 661
* Beschäftigte	1 000	386	394	397	395	394	386	385	380	379
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	263	268	270	268	267	259	257	254	252
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 196	35 271	36 264	37 503	35 904	29 865	34 580	35 266	34 088
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 608	1 725	1 636	1 689	2 108	1 727	1 713	1 702	2 149
* Löhne	Mill. DM	917	980	938	989	1 202	980	971	965	1 197
* Gehälter	Mill. DM	691	745	697	700	906	747	742	737	951
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 555	9 110	9 254	9 925	9 395	7 764	9 003	9 010	8 482
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 133	3 052	3 092	3 331	3 012	2 497	3 005	2 917	2 780
* Exportquote ⁹⁾	%	36,6	33,5	33,4	33,6	32,1	32,2	33,4	32,4	32,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000t SKE	257	252	241	.	.	213	.	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	672	725	660	.	.	741	.	.
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	131	133	96	.	.	94	.	.
davon									
* leichtes Heizöl	1 000t	56	60	35	.	.	33	.	.
* schweres Heizöl	1 000t	75	73	61	.	.	61	.	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 121	1 135	1 127	1 194	1 160	1 066	1 098	1 117
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	198	209	193	220	238	188	201	238
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)									
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	118	118	123	130	106	122	119
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	119	117	116	125	118	107	115	112
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	110	113	129	135	118	128	144	142
Chemische Industrie	1985 = 100	122	119	116	127	121	109	114	115
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	108	107	103	135	99	119	109
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	120	103	91	94	175	113	129	106
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	91	95	80	97	73	91	90
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	128	135	142	135	104	129	130
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	63	61	68	64	61	50	61	54
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	131	155	158	173	171	151	166	169
Öffentliche Energieversorgung									
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	421	425	371	445	506	283	297	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 484	3 302	2 648	2 906	3 589	2 685	2 893	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	883	1 715	1 193	1 262	1 908	1 183	1 320	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 994	1 981	1 793	2 056	2 150	1 766	1 853	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	419	446	315	486	568	286	335	...
Handwerk ⁷⁾									
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	89	89	.	.	87	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	170	184	189	.	.	200	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
* Beschäftigte	Anzahl	61 218	61 200	62 008	61 713	61 325	62 160	62 364	61 971
Facharbeiter	Anzahl	31 745	31 347	31 031	31 263	30 790	29 748	30 087	30 017
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 907	15 528	16 660	16 206	16 356	17 647	17 355	17 024
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 077	6 670	7 642	7 854	6 943	6 230	7 738	7 839
Privater Bau	1 000	4 635	4 309	4 839	4 959	4 430	4 224	5 091	5 154
* Wohnungsbau	1 000	2 659	2 431	2 725	2 793	2 539	2 415	3 005	3 102
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	55	23	17	14	9	43	13	13
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 921	1 855	2 097	2 152	1 882	1 766	2 073	2 039
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 442	2 361	2 803	2 895	2 513	2 006	2 647	2 685
Hochbau	1 000	523	510	588	591	527	362	461	471
Tiefbau	1 000	1 919	1 851	2 215	2 304	1 986	1 644	2 186	2 214
Straßenbau	1 000	995	953	1 165	1 234	1 012	882	1 175	1 192
Löhne und Gehälter	Mill. DM	212	225	227	237	315	242	246	246
* Löhne	Mill. DM	173	182	185	194	254	195	199	198
* Gehälter	Mill. DM	39	43	42	43	61	47	47	48
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	661	715	833	822	847	795	898	876

1) 1t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03t Steinkohlenkoks = 14,5t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	935	896	838	1 078	807	873	996	967	721
* mit 1 Wohnung	Anzahl	671	616	565	732	496	549	611	624	427
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	164	155	147	168	164	177	235	202	163
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	122	126	178	147	147	150	141	131
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 027	1 045	1 063	1 076	1 105	1 051	1 238	1 160	953
* Wohnfläche	1 000 m ²	175	182	188	194	201	187	218	201	171
Wohnräume	Anzahl	8 100	8 524	8 742	9 250	9 345	8 523	10 018	9 292	7 882
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	346	371	379	388	398	398	471	446	365
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	1	3	3	–	4	5	4
Unternehmen	Anzahl	152	162	170	345	145	83	148	142	113
Private Haushalte	Anzahl	780	731	667	730	659	790	844	820	604
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	169	174	185	208	207	155	168	220	166
* Umbauter Raum	1 000 m ³	915	1 005	1 231	1 143	1 168	928	731	1 315	868
* Nutzfläche	1 000 m ²	145	159	209	192	164	152	115	213	132
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	178	209	255	301	155	289	177	265	173
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	19	29	24	23	28	36	44	23
Unternehmen	Anzahl	139	139	138	175	173	122	128	175	139
Private Haushalte	Anzahl	5	8	18	9	11	5	4	1	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 036	2 254	2 368	2 495	2 524	2 331	2 752	2 459	2 120
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	2 959	2 873	3 298	2 977	2 676	2 929
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 655	1 622	1 584	1 891	1 639	1 415	1 672
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	225	219	255	221	232	251
Dänemark	Mill. DM	45	49	48	58	46	46	57
Frankreich	Mill. DM	446	432	403	480	416	377	430
Griechenland	Mill. DM	30	28	24	34	26	25	29
Großbritannien	Mill. DM	285	266	254	377	310	261	260
Irland	Mill. DM	12	11	9	10	10	10	12
Italien	Mill. DM	273	258	283	297	266	159	282
Niederlande	Mill. DM	210	211	204	224	198	189	230
Spanien	Mill. DM	108	117	113	129	117	88	97
Portugal	Mill. DM	23	26	27	26	29	27	24
USA und Kanada	Mill. DM	205	195	185	210	198	173	169
Japan	Mill. DM	66	69	70	64	88	62	63
Entwicklungsländer	Mill. DM	397	408	415	443	406	398	404
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	106	91	77	92	93	107	93
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 046	2 340	2 269	2 450	2 354	1 792	2 190
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 155	1 340	1 219	1 411	1 376	1 004	1 218
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	224	303	320	296	321	268	254
Dänemark	Mill. DM	30	45	46	60	49	40	49
Frankreich	Mill. DM	282	313	286	331	329	222	292
Griechenland	Mill. DM	8	8	7	9	8	4	5
Großbritannien	Mill. DM	96	107	104	118	111	85	107
Irland	Mill. DM	11	13	9	13	9	10	5
Italien	Mill. DM	195	203	162	199	197	136	157
Niederlande	Mill. DM	212	230	192	258	223	167	249
Spanien	Mill. DM	80	98	76	107	109	52	81
Portugal	Mill. DM	17	20	15	21	19	20	19
USA und Kanada	Mill. DM	142	162	132	171	161	131	129
Japan	Mill. DM	100	132	153	110	157	70	114
Entwicklungsländer	Mill. DM	287	312	334	313	288	269	280
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	52	59	69	68	67	58	70

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991			1992				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102	103	103	103	102	100	101	101	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	119	125	116	134	134	111	123	134	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	107	111	113	113	112	114	113	113	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124	132	131	146	133	119	135	132	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	96	92	98	98	90	96	98	99	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	99	94	101	103	93	97	99	101	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	109	131	128	104	127	139	139	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	116	152	150	108	141	161	165	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	105	116	113	99	119	124	121	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	516	521	825	841	400	652	793	804	...
* Ausländer	1000	122	120	193	152	66	187	172	134	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 757	1 866	2 838	2 778	1 329	2 656	2 659	2 697	...
* Ausländer	1000	386	414	629	480	199	746	548	435	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 509	1 471	1 287	1 630	1 541
* Güterversand	1000 t	931	889	810	1 013	991
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 289	17 241	11 549	14 600	12 631	10 217	13 274	13 873	12 721
Krafträder	Anzahl	564	654	334	173	65	626	378	235	139
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 731	15 455	10 194	13 348	11 601	8 772	11 985	12 651	11 732
* Lastkraftwagen	Anzahl	662	787	733	812	755	586	666	731	667
Zugmaschinen	Anzahl	197	185	160	151	98	102	136	139	93
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 466	10 233	10 729	10 950	10 955	8 997	9 882 ^p	10 750 ^p	10 276 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 601	1 539	1 831	1 565	1 431	1 599	1 705 ^p	1 606 ^p	1 379 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 865	8 694	8 898	9 385	9 524	7 398	8 177 ^p	9 144 ^p	8 897 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 194	2 086	2 492	2 149	1 940	2 177	2 239 ^p	2 224 ^p	1 859 ^p
* Getötete	Anzahl	44	39	45	40	34	49	34 ^p	39 ^p	36 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	28	21	21	29	20	25	14 ^p	24 ^p	24 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	7	2	2	12	10 ^p	7 ^p	1 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	3	5	2	1	8	3 ^p	1 ^p	4 ^p
Fußgänger	Anzahl	6	8	11	6	8	1	7 ^p	5 ^p	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	575	559	656	552	529	622	588 ^p	667 ^p	460 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	336	320	359	322	348	335
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	97	94	106	97	42	162
Radfahrer	Anzahl	57	57	101	50	35	68
Fußgänger	Anzahl	64	68	61	64	84	38
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	57	59	54	58	41	66	74	59	61
Angemeldete Forderungen	1000 DM	21 884	38 070	78 091	15 266	17 281	21 252	67 231	15 299	27 889
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	356	347	329	329	311	305	327
* Wechselsumme	1000 DM	3 163	4 229	4 079	4 079	2 766	4 359	4 422

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 419	100 048	97 046	97 802	98 346	·	101 801	·	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	97 964	98 090	95 068	95 872	96 423	·	99 895	·	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	17 679	20 478	19 154	19 391	19 266	·	19 969	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 388	19 357	18 849	18 768	18 648	·	19 368	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	291	1 121	305	624	618	·	601	·	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	8 838	10 344	9 845	10 012	10 263	·	10 495	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 729	7 615	7 327	7 378	7 433	·	8 174	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 109	2 729	2 518	2 634	2 830	·	2 321	·	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 447	67 268	66 069	66 468	66 894	·	69 431	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 818	59 293	58 048	58 432	58 829	·	61 611	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 628	7 975	8 021	8 037	8 064	·	7 820	·	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	92 721	96 418	92 055	92 169	93 932	·	97 357	·	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	14 511	15 224	13 618	13 573	15 050	·	14 625	·	·
* Termineinlagen	Mill. DM	39 025	42 243	41 296	41 537	41 797	·	45 080	·	·
* Spareinlagen	Mill. DM	39 184	38 951	37 147	37 059	37 085	·	37 652	·	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	3 659	4 216	1 875	1 933	1 883	·	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 901	2 350	1 967	2 012	1 857	·	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 620	1 809	2 029	1 305	1 963	2 065	2 240	1 480	1 991
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 121	1 246	1 518	723	1 356	1 433	1 685	832	1 380
* Lohnsteuer	Mill. DM	813	920	680	708	1 234	1 391	812	792	1 309
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	149	165	–	–	519	524	–	–	533
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	116	147	476	1	– 16	– 39	517	9	– 16
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	42	43	24	14	13	32	28	25	23
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	150	136	338	1	124	49	327	6	65
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	20	21	–	–	117	42	–	–	84
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	499	563	512	582	607	633	555	648	610
* Umsatzsteuer	Mill. DM	339	386	353	395	418	467	416	465	466
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	160	177	158	187	190	165	139	183	145
* Zölle	Mill. DM	12	13	12	15	13	15	9	11	7
* Bundessteuern	Mill. DM	81	131	169	157	209	89	110	95	108
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	2	1	1	9	0	1	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	76	90	42	94	139	83	110	94	106
Solidaritätszuschlag	Mill. DM		36	123	57	55	2	– 3	– 5	– 4
* Landessteuern	Mill. DM	92	109	138	96	136	139	87	91	148
* Vermögensteuer	Mill. DM	21	23	6	2	61	61	5	8	63
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	43	50	60	55	44	46	52	57	46
* Biersteuer	Mill. DM	6	7	3	13	7	10	3	5	15

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	639	680	700
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	10
* Grundsteuer B	Mill. DM	104	107	123
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	466	499	499	489
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	45	49	53
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	908	1 052	1 174	880	1 191	1 115	1 214	883	1 095
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	491	543	672	308	587	615	743	330	589
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	324	366	333	378	396	411	361	421	397
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	842	905	999	656	1 003	1 021	1 066	689	1 013
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	486	538	664	298	583	607	739	327	587
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	251	244	196	222	284	275	241	227	278
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	989	1 084	1 102
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	398	423	423	410
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	418	480	478	527
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	107,0	110,7	111,7	112,0	112,5	115,4	115,7	116,1	116,7
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	108,6	108,7	109,7	112,0	111,7	111,6	111,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	116,4	124,3	.	.	126,5	132,7	.	.	133,1
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	20,01	21,31	.	21,75	.	.	.	22,84	.
* Männliche Arbeiter	DM	20,97	22,31	.	22,74	.	.	.	23,77	.
* Facharbeiter	DM	22,05	23,44	.	23,86	.	.	.	25,20	.
* Angelernte Arbeiter	DM	20,15	21,52	.	21,95	.	.	.	22,79	.
* Hilfsarbeiter	DM	18,05	19,11	.	19,56	.	.	.	20,33	.
* Weibliche Arbeiter	DM	14,71	15,75	.	16,11	.	.	.	17,17	.
* Hilfsarbeiter	DM	14,60	15,62	.	16,00	.	.	.	16,80	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,9	39,5	.	39,4	.	.	.	39,4	.
* Männliche Arbeiter	Std.	40,2	39,8	.	39,7	.	.	.	39,7	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,4	38,0	.	37,7	.	.	.	37,7	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 942	5 252	.	5 350	.	.	.	5 543	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 443	4 716	.	4 799	.	.	.	4 984	.
* männlich	DM	5 311	5 610	.	5 698	.	.	.	5 933	.
* weiblich	DM	3 474	3 714	.	3 790	.	.	.	3 979	.
* Technische Angestellte	DM	5 346	5 676	.	5 781	.	.	.	5 995	.
* männlich	DM	5 468	5 809	.	5 916	.	.	.	6 130	.
* weiblich	DM	3 924	4 208	.	4 297	.	.	.	4 522	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 389	3 576	.	3 607	.	.	.	3 917	.
* männlich	DM	3 366	3 549	.	3 588	.	.	.	3 903	.
* weiblich	DM	3 983	4 173	.	4 216	.	.	.	4 677	.
* weiblich	DM	2 824	2 993	.	3 034	.	.	.	3 248	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	...	64 201	64 292	64 386
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^{p3)}	56 738 ^{p3)}	48 379 ^{p3)}	38 986 ^{p3)}	51 079 ^{p3)}	50 877 ^{p3)}	48 952 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^{p3)}	70 942 ^{p3)}	71 674 ^{p3)}	68 718 ^{p3)}	72 699 ^{p3)}	70 057 ^{p3)}	71 459 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^{p3)}	68 726 ^{p3)}	68 275 ^{p3)}	74 505 ^{p3)}	70 896 ^{p3)}	70 521 ^{p3)}	68 467 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	- 6 045 ^{p3)}	2 216 ^{p3)}	3 399 ^{p3)}	- 5 787 ^{p3)}	1 803 ^{p3)}	- 464 ^{p3)}	2 992 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 672	1 610	1 599	1 828	1 822	1 784	1 830
Männer	1 000	968	898	870	839	834	975	970	953	980
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,2	6,0	6,0	6,7	6,7	6,5	6,7
Offene Stellen	1 000	314	331	350	341	321	341	335	318	289
Kurzarbeiter	1 000	56	145	130	133	173	159	128	204	327
Männer	1 000	45	117	112	102	133	110	92	146	241
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 559	7 555	7 525	7 364	7 354	7 328	7 261
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	619	674	705	626	582	654	663
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	146 541	169 327	175 185	161 058	143 283	174 924	169 594
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	37 361	45 830	47 123	42 430	36 255	47 423	45 043
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	109	124	131	118	105	123	126
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	111	112	106	113	121	117	108	116	117
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	108	131	136	118	101	127	129
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	109	130	137	117	104	125	130
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	119	129	130	131	144	131	125	133	143
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	32 913	27 760	30 341	34 299
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	2 814	2 448	2 443	2 804
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 034	1 061	1 086	1 090	1 082	1 072 ^p	1 079 ^p	1 083 ^p	1 095
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111	113	128	134	123 ^p	109 ^p	132 ^p	133
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	13 622	14 567	15 382	15 837 ^p	15 040 ^p	16 121 ^p	16 779
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	12 720	12 244	12 244	15 815	14 175	13 630	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	10 575	10 221	10 221	13 289	11 696	11 122	...
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 714	2 556	2 556	3 338	3 114	3 045	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	3 197	3 040	3 040	3 516	2 957	2 980	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	35 124	33 207	33 207	43 561	40 814	40 254	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,6	136,4	124,5	124,6	144,1	137,6	120,6	131,6	144,8 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,3	120,8	133,1	135,2	131,9	132,5	132,6	136,3	135,2 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991				1992			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	51 695	53 127	60 623	59 841	48 734	55 634	61 218
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	26 297	28 236	33 019	32 059	25 326	30 512	33 162
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	3 581	3 944	4 476	3 820	3 424	40 083	4 474
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	6 374	6 804	7 877	7 398	6 039	7 388	8 433
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	4 064	3 810	4 579	4 816	4 038	4 341	4 580
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	3 710	5 028	5 843	5 923	3 569	5 296	5 489
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	4 517	4 399	5 013	4 919	4 186	4 631	5 056
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	48 596	51 552	58 363	58 560	43 020	50 080	55 730
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	23 214	25 813	30 461	30 560	21 123	25 636	29 133
Belgien /Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	2 933	3 622	4 025	3 846	2 821	3 630	3 972
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	5 396	6 213	7 289	6 724	4 594	5 800	6 480
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 293	3 513	4 081	4 013	3 243	3 587	3 778
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	3 936	4 451	5 428	6 199	3 453	4 274	5 146
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	4 536	4 690	5 557	5 467	4 092	4 859	5 450
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
Kredite an inländische Nicht- banken	Mrd. DM	2 815	3 086	2 975	2 975	3 003	3 256	3 275	3 287	3 345 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 362	2 362	2 383	2 592	2 609	2 628	2 649 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	614	614	619	664	666	659	696 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	2 045	2 045	2 049	2 192	2 207	2 233	2 230 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	717	717	719	741	741	738	738 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	34 659	49 841	33 612	39 696	39 539	54 370	36 684
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	18 387	36 379	17 466	22 551	22 690	40 110	19 004
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	17 411	16 917	17 214	21 993	22 118	19 772	19 377
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	102	10 774	- 163	- 1 233	- 762	11 219	- 471
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	15 914	13 459	14 935	15 837	16 442	14 258	16 319
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	8 791	7 684	8 224	8 635	9 768	8 590	9 633
Zölle	Mill. DM	597	692	759	703	714	657	619	622	677
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	8 809	9 405	8 724	8 816	8 118	7 633	7 279
Versicherungssteuer	Mill. DM	369	488	842	336	359	441	879	451	376
Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	4 964	6 352	6 723	6 262	6 860	6 736	6 954	7 216	6 970
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	95,7	98,3	99,0	99,2	99,0	101,3	100,3	99,4	99,1
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,7	94,1	94,2	96,0	95,2	93,7	92,1	91,0	89,4 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerb- licher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	101,0	103,4	104,0	104,3	104,4	105,1	105,1	105,1	104,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	126,1	.	.	.	132,8	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	116,4	124,3	125,8	.	.	.	132,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	122,4	.	.	.	128,9	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	111,5	111,7	112,0	115,2	115,4	115,7	116,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	109,0	108,6	108,7	112,8	112,0	111,7	111,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	110,2	110,7	111,0	113,2	113,5	113,9	114,2
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	118,1	118,5	118,9	123,8	124,6	125,2	125,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	88,8	89,7	90,9	89,8	89,7	89,7	90,1
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	111,1	111,3	111,5	114,5	114,9	115,1	115,4
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	114,5	115,2	115,4	118,1	118,3	118,6	118,8
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	114,9	115,4	115,4	117,7	117,7	117,7	117,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	107,9	107,9	108,5	112,2	112,2	112,9	113,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	119,3	119,2	119,2	122,9	124,3	125,5	127,1

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Grenzgänger am Oberrhein: Einbahnstraßen über die Grenzen

Die Statistischen Ämter von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Elsaß und der Nordwestschweiz haben erstmals eine Gesamtbilanz der Berufspendler am Oberrhein vorgelegt. Danach hat Anfang dieses Jahrzehnts die Zahl der Berufspendler, die täglich die Grenzen zwischen Südpfalz, Baden, Elsaß und Nordwestschweiz überqueren, fast 100 000 erreicht. Der weitaus überwiegende Teil fährt mit dem eigenen Pkw zur Arbeit, nur wenige nutzen die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (zwischen der Südpfalz und Baden-Württemberg sind es 10 %).

Die Pendlerbeziehungen zwischen den einzelnen Gebieten sind sehr einseitig. Man ist geneigt zu sagen, es handelt sich hier um Einbahnstraßen; aus dem Elsaß fahren täglich 55 000 Menschen über die deutsche und schweizerische Grenze zur Arbeit, 30 000 in die Schweiz, 22 000 nach Baden und rund 3 000 in die Südpfalz. In der Gegenrichtung werden gerade 1 000 gezählt. Das gleiche gilt für den Pendlerverkehr zwischen der Schweiz und Baden-Württemberg. Nicht ganz so einseitig ist die Bilanz zwischen den beiden deutschen Teilregionen: 13 700 Südpfälzer fahren auf die rechte Rheinseite zur Arbeit und treffen dabei immerhin auf fast 1 800 Badener, die links des Rheins tätig sind. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 16.

Steuereinnahmen des Landes 1991 und 1992 nach Steuerverteilung

Steuerart	1991	1992	Veränderung
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 310,0	1 417,5	8,0
Vermögensteuer	281,5	293,2	4,2
Erbschaftsteuer	171,0	135,8	- 20,6
Kraftfahrzeugsteuer	596,6	705,6	18,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	149,2	163,3	9,5
Feuerschutzsteuer	24,8	30,0	20,8
Biersteuer	89,8	89,6	- 0,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	6 457,9	6 989,2	8,2
Lohnsteuer	4 694,3	5 192,0	10,6
Veranlagte Einkommensteuer	748,8	774,9	3,5
Kapitalertragsteuer	220,5	213,8	- 3,0
Körperschaftsteuer	794,3	808,5	1,8
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 932,2	3 097,8	5,6
Umsatzsteuer	1 643,8	1 727,2	5,1
Einfuhrumsatzsteuer	1 288,4	1 370,7	6,4
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	143,5	152,2	6,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	11,0	28,9	162,4
Insgesamt	10 857,5	11 685,7	7,6

Buch-Tip zur Region Oberrhein

Einen Datenquerschnitt über das deutsch-französisch-schweizerische Grenzgebiet haben die statistischen Ämter der Region in einer Gemeinschaftsveröffentlichung vorgelegt.

Die zweisprachige Publikation

„Wirtschaft und Gesellschaft am Oberrhein“

enthält auf 166 Seiten kommentiertes Datenmaterial über wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen in diesem „Dreiländereck“.

Das Buch kostet 25,- DM und kann vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz bezogen werden.

Höchster Kaufkraftgewinn beim Umtausch der D-Mark in Griechenland und Luxemburg

Über sogenannte Verbrauchergeldparitäten läßt sich feststellen, ob ein im Ausland lebender Deutscher bei Tausch der D-Mark in die Landeswährung mehr oder weniger kaufen kann als daheim. Die Reisegeldparitäten geben den Kaufkraftgewinn oder -verlust beim Wechsel der D-Mark für Urlauber und Geschäftsreisende in den wichtigsten europäischen Reiseländern an. Von den im europäischen Ausland nach deutschen Verbrauchsgewohnheiten lebenden Haushalten haben im Juli 1992 diejenigen in Griechenland beim Umtausch der D-Mark den größten Kaufkraftgewinn (+ 12 %) erzielt. Es folgen deutsche Haushalte in Luxemburg (+ 7,7 %) und in den Niederlanden (+ 5,2 %). Die höchsten Kaufkraftverluste mußten in der Schweiz (- 20 %) und Dänemark (- 25 %) hingenommen werden.

Die Reisegeldparitäten für acht ausgewählte europäische Länder zeigen, daß im Juli vorigen Jahres in fünf Ländern für Touristen und Geschäftsreisende beim

kurz + aktuell

Wechsel der D-Mark in die jeweilige Landeswährung Kaufkraftverluste eintraten. Am höchsten fielen sie in der Schweiz (-26%) und in Dänemark (-22%) aus. Einen spürbaren Kaufkraftgewinn gab es für Reisende in die Niederlande (+6%), während er in Frankreich und Italien lediglich 1% ausmachte. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 9.

Weniger Straßenverkehrsunfälle, aber mehr Verkehrstote

Im November 1992 wurden in Rheinland-Pfalz 10 276 Straßenverkehrsunfälle polizeilich registriert, davon waren 8 897 reine Sachschadensunfälle. Dies sind 6,2 bzw. 6,6% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden nahm um 3,6% auf 1 379 ab. Von den 1 859 Verunglückten im November erlitten 35 Personen tödliche Verletzungen und 460 wurden schwer verletzt.

Auch im Zeitraum von Januar bis November 1992 war die Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber 1991 rückläufig. Bei 107 084 Unfällen (-4,8%) wurden 90 132 (-5,5%) reine Sachschadensfälle festgestellt. Während die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten (-2,5 bzw. -1,7%) zurückging, nahm die Zahl der Getöteten um 2,9% auf 431 zu. kl

Schülerzahlen steigen weiter

Im Schuljahr 1992/93 besuchen rund 414 900 Mädchen und Jungen die allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Das sind 12 200 Schüler mehr als noch vor einem Jahr. Gleichzeitig ist die Zahl der Klassen um 373 auf insgesamt 17 264 gestiegen.

Der stärkste Anstieg bei den Schülerzahlen wurde an den Grundschulen registriert. Dort sind zur Zeit mit 161 640 Schülerinnen und Schülern gut 4 000 Kinder mehr als vor einem Jahr zu unterrichten. Die Zahl der Klassen wurde um 146 auf 7 282 erhöht, so daß die durchschnittliche Klassengröße nur geringfügig, von 22,1 im Vorjahr auf 22,2 im laufenden Schuljahr, anstieg.

Erhöht haben sich auch die Schülerzahlen an den Realschulen. Dort werden 52 600 Schülerinnen und Schüler (Vorjahr 49 100) in 2 058 Klassen (Vorjahr 1 957) unterrichtet.

Um 2 500 stieg die Zahl der Gymnasiasten auf insgesamt 99 100. Dieser Anstieg der Schülerzahlen an den Gymnasien ist auf die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5-10) beschränkt, wo im laufenden Schuljahr für 70 600 Schüler 2 780 Klassen gebildet wurden. In der gymna-

sialen Oberstufe blieb die Schülerzahl mit 28 500 gegenüber dem Vorjahr konstant.

Auch zu den Hauptschulen (einschließlich der neuen Regionalen Schulen mit 500 Schülern im laufenden Schuljahr) gehen 1 200 Schüler mehr als noch vor einem Jahr, und zwar insgesamt 82 300. Für sie wurden 3 630 Klassen eingerichtet. ke

Sozialhilfesaufwand stieg um 13 %

Im Jahre 1991 nahmen in Rheinland-Pfalz 183 400 Personen Sozialhilfe in Anspruch, 8 200 (4,7%) mehr als im Vorjahr. Der Bruttoaufwand in Höhe von 1 678 Mill. DM übertraf die Ausgaben des Vorjahres um 13%. Je Hilfeempfänger haben sich die Kosten seit 1977 (4 500 DM im Jahr) mehr als verdoppelt, 1991 beliefen sie sich auf 9 150 DM.

Den kräftigsten Zuwachs mit 20% gegenüber 1990 hatte die Eingliederungshilfe (Ausgabevolumen 464 Mill. DM), die von 17 000 Personen (+4,4%) bezogen wurde. Die kostenintensivste Leistungsform war die Hilfe zur Pflege (509 Mill. DM), deren Ausgaben um 12% stiegen. Die Zahl der Empfänger sank um 0,4% auf 28 350. Der Aufwand der häuslichen Pflege verringerte sich wegen des seit Januar 1991 von den Krankenkassen gezahlten monatlichen Pflegegeldes um 14%. Der Sektor Heimversorgung hingegen, auf den etwa neun Zehntel der gesamten Pflegekosten entfallen, verzeichnete ein Ausgaben-Plus von 15,5%. Im Landesdurchschnitt hatten die Sozialhilfeträger 1991 rund 31 500 DM je Pflegefall in Einrichtungen aufzubringen. us

Statistisches Problemlösungsverfahren im Programmierverbund

Ständig steigende Anforderungen quantitativer und qualitativer Art an die Programmierkapazitäten im Statistischen Verbund waren ausschlaggebend dafür, Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der Programmier-techniken zu suchen, um die Programmierproduktivität zu steigern. Das neue Verfahren als unmittelbar auf die statistische Aufbereitung bezogene Neuentwicklung soll zur Vereinfachung und Beschleunigung der Programmierung beitragen. Entsprechend der Charakteristik einer sog. „non-prozeduralen“ Programmiersprache braucht der Benutzer dem System nicht mehr mitzuteilen, WIE ein Problem gelöst werden soll, sondern er hat nur noch in deskriptiver Form darzustellen, WAS geschehen soll. Er braucht also nicht länger den Programmablauf zu kennen und zu beschreiben, um sich des Systems zu bedienen. kai

Mehr über dieses Thema auf Seite 18.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

